

ANTISEMITISCHE VORFÄLLE IN BERLIN 2021

Eine Auswertung der Recherche- und
Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS Berlin)

IMPRESSUM

Herausgeber_innen

Verein für Demokratische Kultur in Berlin (VDK) e.V. und Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS Berlin),
Gleimstraße 31,
10437 Berlin,
Telefon: 030 / 817 98 58 18,
presse@rias-berlin.de

Berlin, 1. Auflage 2022

Anders als für die Jahre 2017 bis 2020 – wird es vorerst keine Ausgabe der mit der ISSN-Nr. 2569-822 ausgestatteten Publikation „Bericht antisemitischer Vorfälle in Berlin“ geben können.

V.i.S.d.P.

Bianca Klose / Verein für Demokratische Kultur in Berlin (VDK) e.V.

Konzept, Redaktion und Layout

Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS Berlin)

Lektorat

Frank Engster

Bildnachweis

Die Bildrechte verbleiben beim VDK e.V. bzw. auf den Seiten 21, 39, 43-47 bei den uns bekannten Fotograf_innen.

RIAS Berlin

ist ein Projekt des Vereins für Demokratische Kultur in Berlin (VDK) e.V. und wird gefördert im Rahmen des Landesprogramms „Demokratie. Vielfalt. Respekt. In Berlin – Gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“ der Senatsverwaltung für

Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung sowie durch die Amadeu Antonio Stiftung.

Urheberrechtliche Hinweise

© Copyright 2022 Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS Berlin). Alle Rechte vorbehalten. Diese Publikation wird für nichtkommerzielle Zwecke kostenlos zur Verfügung gestellt. Die Herausgeber_innen behalten sich das Urheberrecht vor. Eine Weitergabe oder Vervielfältigung, auch in Teilen, ist nur nach ausdrücklicher schriftlicher Zustimmung der Herausgeber_innen gestattet. Darüber hinaus muss die Quelle korrekt angegeben und ein Belegexemplar zugeschickt werden.

Haftungsausschluss

Die Informationen in diesem Bericht wurden nach bestem Wissen und Gewissen formuliert. Für die Vollständigkeit und Aktualität der Informationen übernimmt die_der Herausgeber_in keine Gewähr. Diese Publikation enthält Links zu Webseiten Dritter, auf deren Inhalt wir keinen Einfluss haben. Deshalb können wir für diese fremden Inhalte auch keine Gewähr übernehmen. Für die Inhalte der angegebenen oder verlinkten Seiten ist stets die_der jeweilige Anbieter_in oder Betreiber_in der Seiten verantwortlich.

Gender_Gap

Der VDK e.V. benutzt in seinen Texten den Gender_Gap, um alle Geschlechter und Geschlechtsidentitäten darzustellen. Der Unterstrich stellt den Zwischenraum für alle Menschen dar, die sich in der Zwei-Geschlechterordnung nicht wiederfinden. Die Schreibweisen in Zitaten wurden beibehalten.

INHALT

Zusammenfassung	4
Begrifflicher Rahmen und Kategorien	10
Antisemitische Vorfälle in Berlin 2021	16
Die Statistik auf einen Blick	28
Beispiele	35

ZUSAMMENFASSUNG

2021 wurden der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin insgesamt 1.052 antisemitische Vorfälle bekannt. Zum ersten Mal registrierte RIAS Berlin zudem auch zwei Fälle extremer Gewalt. Das Projekt dokumentierte 22 Angriffe, 43 gezielte Sachbeschädigungen, 28 Bedrohungen und 895 Vorfälle verletzenden Verhaltens, bei denen es sich in 57 Fällen um Versammlungen handelte. Von den insgesamt 1.052 Vorfällen richtete sich mit 545 etwas über die Hälfte der Vorfälle gegen Institutionen und etwa ein Fünftel (208) gegen Individuen. Insgesamt waren 292 Personen direkt von antisemitischen Vorfällen betroffen, hiervon waren 215 (73,6%) entweder jüdisch und/oder israelisch (170) oder wurden als solche wahrgenommen und angesprochen (45). In 291 Vorfällen wurden keine direkt Betroffenen bekannt.

Antisemitische Angriffe

Zum ersten Mal seit 2015 hat RIAS Berlin zwei Vorfälle als Fälle extremer Gewalt registriert. In diese Kategorie fallen physische Angriffe, die den Verlust von Menschenleben zur Folge haben können oder schwere Körperverletzungen darstellen; auch der Gebrauch von Schusswaffen wird dieser Kategorie zugeordnet.

Am 16. August wurde bei den Reinigungsarbeiten am Gemeindehaus einer jüdischen Institution in Mitte festgestellt, dass ein Fenster zum Empfangsraum mit einer Gewehr- oder Pistolenkugel durchschossen worden war. Die Kugel traf glücklicherweise niemanden. Am 25. Oktober attackierten drei Jugendliche in Spandau einen Mann so schwer, dass er mit lebensbedrohlichen Kopfverletzungen ins Krankenhaus eingeliefert wurde. Zuvor war er von den Angreifern aufgefordert worden, „Free Palestine“ zu rufen – der Betroffene kam der Aufforderung nicht nach.

Dem Projekt wurden zudem 22 weitere Angriffe bekannt. Dabei handelte es sich u.a. um unvermittelte physische Übergriffe, Schläge in der S-Bahn, das Anspucken auf der Straße und den Einsatz von Reizgas gegen Personen. In vierzehn Fällen waren die betroffenen Personen jüdisch und wurden als solche adressiert, in den anderen acht Vorfällen wurden die Ange-

griffenen während des Übergriffs antisemitisch beleidigt. Dass die Angreifenden das Jüdischsein der Personen in vielen Vorfällen zum Anlass für ihren Angriff nahmen, zeigte sich dann besonders deutlich, wenn Personen gefragt wurden, ob sie jüdisch seien oder aufgefordert wurden, dies zu bestätigen. In einem Vorfall in Lichtenberg beispielsweise trug der Betroffene einen Pullover mit dem Emblem der israelischen Verteidigungstreitkräfte (IDF), als ihn jemand ansprach und fragte, ob er Jude sei. Als er den Kopf in Richtung der Sprechenden Person richtete, sprühte ihm jemand Reizgas ins Gesicht und stieß ihn zu Boden. Daraufhin entfernten sich die Angreifer_innen. Zudem wurden auch 2022 jüdische Symbole zum Anlass genommen, jüdische Menschen in Berlin zu attackieren – wie etwa bei einem Angriff auf drei Personen während einer Versammlung am 15. Mai. Polizeibeamt_innen vor Ort legten den Betroffenen nach dem Angriff nahe, ihre jüdischen Symbole abzulegen oder zu verstecken. Damit signalisierten sie den Betroffenen, die nur zufällig an dem Ort vorbeigekommen waren, die Ursache des Angriffs sei die Sichtbarkeit ihrer jüdischen Identität. Daran schloss sich eine öffentlich geführte Debatte an, in der jüdische Stimmen einem solchen Umgang laut widersprachen. Jüdinnen und Juden – unabhängig in welcher Situation – zu empfehlen, sich nicht als solche erkennen zu geben, entlastet diejenigen, die antisemitisch handeln. Gleichzeitig weist es die Verantwortung, angegriffen oder angefeindet zu werden, auch denjenigen zu, die unverschuldet zu Betroffenen antisemitischer Angriffe und Vorfälle werden.

Vorfälle physischer Gewalt, die RIAS Berlin bekannt wurden, gab es in allen Berliner Bezirken, ausgenommen Reinickendorf. In Neukölln waren es vier Angriffe, in Charlottenburg-Wilmersdorf, Tempelhof-Schöneberg und Lichtenberg je drei, in Friedrichshain-Kreuzberg, Treptow-Köpenick und Pankow je zwei und in Marzahn-Hellersdorf und Steglitz-Zehlendorf wurde RIAS Berlin je ein antisemitischer Angriff bekannt. Die meisten Angriffe ereigneten sich dabei in der Öffentlichkeit – auf der Straße, im öffentlichen Personennahverkehr oder auch im Fußballstadion. Einige Vorfälle fanden auch im Wohnumfeld der Betroffenen statt. Vorfälle, die sich in oder nahe dem privaten Rückzugsraum ereignen, können das Sicherheitsgefühl der Betroffenen in besonderem Maße beeinträchtigen. In einem Fall etwa klingelte eine Person an der Haus- und dann an der Wohnungstür eines Paares. Als dieses öffnete, fragte die Person das Paar mit einem in ihre Richtung zeigenden Messer in der Hand, ob sie Jüdinnen_Juden seien, was die Betroffenen verneinten. Der Mann konnte den Angreifer schließlich aus der Wohnung drängen.

Antisemitische Angriffe sind kein alltägliches Phänomen in Berlin. Dennoch können sie den Alltag von Jüdinnen_Juden in Berlin prägen. Grundsätzlich haben sie nicht nur Auswirkungen auf die unmittelbar Betroffenen, sondern führen auch zur Verunsicherung bei Angehörigen, Zeug_innen und den jüdischen Communities. Aus den Erfahrungen, die Betroffene RIAS Berlin geschildert haben, geht zudem hervor, dass Antisemitismus für Jüdinnen_Juden in Berlin im vergangenen Jahr insgesamt sehr präsent war. Ereignen sich antisemitische Angriffe, sind Jüdinnen_Juden, auch wenn sie solche nicht selbst erlebt haben, oftmals noch stärker als ohnehin schon damit konfrontiert, zwischen der eigenen jüdischen Identität und der physischen und psychischen Unversehrtheit abwägen zu müssen. Dies betrifft die Entscheidung, in welchem Bezirk Jüdinnen_Juden leben, die Frage, ob, wann und wo jüdische Symbole und Zeichen sichtbar gezeigt werden, das Meiden bestimmter Orte, das Wechseln vom Hebräischen ins Englische oder Deutsche oder die Überlegung, Israel als Herkunftsland oder die eigene jüdische Identität besser nicht zu erwähnen.

Antisemitische Dynamiken

Die Dokumentation des Projekts zeigt die hohe Kontinuität antisemitischer Vorfälle in der Hauptstadt in den vergangenen Jahren: 2017 wurden dem Projekt 955 Vorfälle bekannt, 2018 registrierte es 1.085 Vorfälle, 2019 insgesamt 886, und im vergangenen Jahr waren es 1.019 Vorfälle, also nur geringfügig weniger, als die in diesem Jahr dokumentierten 1.052 antisemitischen Vorfälle. Daneben beobachtet RIAS Berlin immer wieder antisemitische Dynamiken: temporäre Phasen, in denen eine erhöhte Anzahl antisemitischer Vorfälle mit ähnlichem inhaltlichem Bezug durch das Projekt registriert und dokumentiert wird. Anlässe wie politische Ereignisse – zum Beispiel die Eskalation im palästinensisch-israelischen Konflikt –, bestimmte historische Jahrestage oder Debatten bilden unter bestimmten gesellschaftlichen Bedingungen Gelegenheitsstrukturen für antisemitische Äußerungen und antisemitisches Handeln und können so das Aufkommen von antisemitischen Vorfällen begünstigen. Gezielte Mobilisierungen durch Kampagnen in den Sozialen Medien oder auch Versammlungen können solche Entwicklungen verstärken.

So wurden im Mai 2021 insgesamt (inklusive Nachmeldungen) 225 antisemitische Vorfälle bekannt und damit so viele wie in keinem anderen Kalendermonat, seit RIAS Berlin 2015 die Dokumentation antisemitischer

Vorfälle begonnen hat. 2021 wiesen insgesamt 181 antisemitische Vorfälle explizite Bezugnahmen auf die erneute Eskalation im israelisch-palästinensischen Konflikt auf, davon allein rund 80 % im Monat Mai (145). Jüdinnen_Juden waren in diesen Wochen in Berlin vor dem Hintergrund des Krieges zwischen Israel und der Hamas in erhöhtem Maße mit antisemitischen Anfeindungen und Bedrohungen konfrontiert. Menschen, die als jüdisch identifiziert wurden, wurden in den Sozialen Medien dazu aufgefordert, sich zu positionieren und waren dort auch Beleidigungen und Anfeindungen bis hin zu Morddrohungen ausgesetzt. Im November 2021 veröffentlichte RIAS Berlin einen ausführlichen Monitoringbericht zu den Versammlungen und den Vorfällen in Berlin zwischen dem 9. Mai und 8. Juni unter dem Titel „Stop doing what Hitler did to us“¹.

Seit 2020 bilden zudem die COVID-19-Pandemie und die staatlichen Maßnahmen zu ihrer Eindämmung eine Gelegenheitsstruktur für antisemitische Vorfälle. 2021 wurden dem Projekt insgesamt 254 Vorfälle in Berlin mit einem entsprechenden inhaltlichen Bezug bekannt. Im Unterschied zu den Vorfällen im Zusammenhang mit der erneuten Eskalation im israelisch-palästinensischen Konflikt kam es hier nicht zu einem nur kurzfristigen Anstieg, vielmehr kam es zu Vorfällen kontinuierlich über das gesamte Jahr hinweg. RIAS Berlin dokumentierte insbesondere vier Phasen mit einem jeweils höheren Aufkommen antisemitischer Vorfälle mit Bezug zur COVID-19-Pandemie. Dabei korrelierte die Zunahme antisemitischer Vorfälle mit diesem Bezug zeitlich unter anderem mit der Neufassung des Infektionsschutzgesetzes im April (27 Vorfälle) und der Beibehaltung der Einschränkungen für Ungeimpfte während des erneuten Anstiegs der Inzidenzwerte im November (37 Vorfälle) und Dezember (45 Vorfälle) (s.u.).

Diese Dynamiken in der Entwicklung antisemitischer Vorfälle in Berlin zeigen die inhaltliche Anpassungsfähigkeit des Antisemitismus und verweisen auf ein großes antisemitisches Potenzial, das durch spezifische Anlässe, wie politische Ereignisse in Israel oder gesellschaftliche Entwicklungen in Deutschland, gleichsam abgerufen werden kann.

¹ Vgl.: https://report-antisemitism.de/documents/RIAS_Berlin_-_Monitoring_-_Stop_doing_what_Hitler_did_to_you.pdf, abgerufen am 04.05.2022.

Datengrundlage

Die von RIAS Berlin entwickelten Arbeitsweisen und Meldestrukturen innerhalb der jüdischen und nicht-jüdischen Zivilgesellschaft Berlins sind spätestens seit dem Jahr 2017 relativ konstant. Antisemitische Vorfälle und Straftaten werden dem Projekt auf unterschiedlichen Wegen bekannt, dabei machen Meldungen über die Meldeseite www.report-antisemitism.de mit Abstand den größten Anteil aus. Des Weiteren erreichen das Projekt Informationen über antisemitische Vorfälle über Emails, institutionalisierte Formen der Übermittlung, anlassbezogene Gespräche mit jüdischen und nicht-jüdischen Organisationen, Presseberichte und Polizeimeldungen. Auch im Rahmen eines pro-aktiven Monitorings von Versammlungen im öffentlichen Raum durch das Projekt und Partnerorganisationen werden RIAS Berlin antisemitische Vorfälle bekannt.

RIAS Berlin erzeugt so den umfassendsten Datensatz strafbarer und nicht-strafbarer antisemitischer Vorfälle in Berlin. Das Projekt kann Vergleiche zwischen den Jahren vornehmen und so geographische und thematische Entwicklungen abbilden.

Die Arbeitsweisen des Projekts umfassten für die Jahre 2016 – 2020 auch den Vergleich mit den Daten des Kriminalpolizeilichen Meldedienstes des Berliner Landeskriminalamts zur politisch motivierten Kriminalität.

Anders als in den Jahren 2016 – 2020 konnte das Projekt für das Jahr 2021 keinen Vergleich mit den Daten des Kriminalpolizeilichen Meldedienstes zur politisch motivierten Kriminalität des Berliner Landeskriminalamts vornehmen. Der Datenschutzbeauftragte der Berliner Strafverfolgungsbehörden sieht hierfür mit Stand vom Januar 2022 keine Rechtsgrundlage mehr vorliegen. Als Resultat dieser geänderten Praxis der Berliner Strafverfolgungsbehörde ergibt sich erstmals seit 2017 eine Unklarheit bei der Gesamtheit staatlich und zivilgesellschaftlich bekannt gewordener antisemitischer Vorfälle in einem Jahr. So kann durch das Projekt nicht mehr ermittelt werden, in welchem Umfang die 422² antisemitischen Straftaten, die in der vorläufigen polizeilichen Statistik politisch motivierter Kriminalität für das Jahr 2021 erfasst wurden, bereits in den 1.052 dem Projekt be-

2 Vgl.: <https://m.tagesspiegel.de/berlin/knapp-500-000-straftaten-in-2021-kriminalitaetsbelastung-in-berlin-erneut-zurueckgegangen/28270892.html>, abgerufen am 02.05.2022.

kannt gewordenen antisemitischen Vorfällen enthalten sind oder zu diesen noch addiert werden müssten. Berücksichtigt wurden weiterhin die durch die Pressestelle der Polizei in den polizeilichen Meldungen veröffentlichten antisemitischen Straftaten. Zwischen 2018 – 2020 umfasste die Gesamtzahl der von RIAS Berlin ausgewiesenen antisemitischen Vorfälle wie oben beschrieben auch die polizeilich bekannt gewordenen Fälle, sie machten jährlich ca. 20 – 24% aller dem Projekt bekannt gewordenen antisemitischen Vorfälle in Berlin aus.

Da die polizeilichen Daten dem Projekt nicht zur Verfügung gestellt wurden, kann der Öffentlichkeit für das Jahr 2021 nicht dasselbe Gesamtbild über die antisemitischen Vorfälle in Berlin gegeben werden wie in den Jahren zuvor, so dass die Vergleichbarkeit zum Vorjahr und die Darstellbarkeit antisemitischer Vorfälle in ihren mehrjährigen Entwicklungen in Berlin mithin eingeschränkt ist. Insofern erschwert der aktuelle Sachstand auch die staatlichen Vorhaben und Bemühungen um eine Aufhellung des Dunkelfelds antisemitischer Straftaten.

Grundsätzlich bleibt die Aussagefähigkeit der Auswertung „Antisemitische Vorfälle in Berlin 2021“ bestehen. Bei angestellten Vergleichen zum Vorjahr beziehen die Angaben zum Jahr 2020 grundsätzlich die polizeilich bekannt gewordenen antisemitischen Fälle mit ein. Wo es aber für eine bessere Vergleichbarkeit einzelner Kategorien sinnvoll erschien, wurden die um die polizeilichen Zahlen bereinigten Werte für 2020 ergänzend in den Fußnoten als Bezugsgrößen erwähnt.

BEGRIFFLICHER RAHMEN UND KATEGORIEN

Antisemitische Vorfälle, die RIAS Berlin im Laufe eines Jahres bekannt wurden, werden durch die Mitarbeiter_innen des Projekts im Austausch mit den Meldenden verifiziert und danach systematisch erfasst. Dieses Verfahren erlaubt es, Aussagen über die Formen, das Vorkommen und die Entwicklung antisemitischer Vorfälle in Berlin zu treffen. An dieser Stelle werden der begriffliche Rahmen sowie die genutzten Definitionen vorgestellt, die RIAS Berlin verwendet, um so den Leser_innen die darauffolgenden Analysen nachvollziehbarer zu machen. Nach diesen Kategorien werden auch antisemitische Vorfälle, die von der Polizei oder Justiz nicht als strafbar erachtet werden, systematisiert und ausgewertet.

Inhaltlich orientiert sich die Einordnung antisemitischer Vorfälle durch RIAS Berlin an der von der Bundesregierung empfohlenen Arbeitsdefinition Antisemitismus der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA). Diese wurde von zivilgesellschaftlichen Initiativen aus Berlin für den deutschsprachigen Kontext spezifiziert und operationalisiert.³ Darüber hinaus nutzt RIAS Berlin zur Orientierung die von der IHRA verabschiedete Arbeitsdefinition zur Leugnung und Verharmlosung des Holocaust.⁴ Bei der Abgrenzung zwischen israelbezogenem Antisemitismus und legitimer Kritik an israelischer Politik orientiert sich RIAS Berlin zudem an der von Natan Sharansky vorgeschlagenen Trias aus Dämonisierung, Delegitimierung und doppelten Standards.⁵

3 Siehe zu den Arbeitsweisen von RIAS Berlin online unter <https://report-antisemitism.de/rias-berlin>.

4 Siehe ebd.

5 Siehe Natan, Sharansky: 3D Test of Anti-Semitism: Demonization, Double Standards, Delegitimization. In: Jewish Political Studies Review 16 (2004) S. 3–4, online unter <http://jcpa.org/article/3d-test-of-anti-semitism-demonization-double-standards-delegitimization>, abgerufen am 07.10.2021.

RIAS Berlin analysiert bei der Erfassung antisemitischer Vorfälle verschiedene Kategorien: Vorfalltyp, Gruppen von Betroffenen, Erscheinungsformen von Antisemitismus sowie politisch-weltanschaulicher Hintergrund der sich antisemitisch Äußernden oder Handelnden.

Vorfalltypen

RIAS Berlin unterscheidet je nach Art und Schwere des Vorfalls sechs verschiedene Vorfalltypen. Diese Typen wurden ursprünglich vom Community Security Trust (CST) in Großbritannien entwickelt und später von RIAS Berlin für den deutschen Kontext angepasst.

Als extreme Gewalt gelten physische Angriffe oder Anschläge, die den Verlust von Menschenleben zur Folge haben können oder schwere Körperverletzungen darstellen. Als Angriffe werden Vorfälle betrachtet, bei denen Personen körperlich angegriffen werden, ohne dass dies lebensbedrohliche oder schwerwiegende körperliche Schädigungen nach sich zieht. Diese Kategorie beinhaltet auch den bloßen Versuch eines physischen Angriffs. Unter einer gezielten Sachbeschädigung wird die Beschädigung oder das Beschriften jüdischen Eigentums mit antisemitischen Symbolen, Plakaten oder Aufklebern verstanden. Dazu zählt auch die Beschädigung oder Beschmutzung von Erinnerungszeichen und -orten, also z. B. von Gedenkstätten, Gedenktafeln, Stolpersteinen, aber auch von Geschäftsstellen entsprechender Institutionen. Als Bedrohung gilt jegliche eindeutige und direkt an eine Person oder Institution adressierte schriftliche oder mündliche Androhung von Gewalt. Als verletzendes Verhalten werden sämtliche antisemitischen Äußerungen gegenüber jüdischen oder israelischen Personen oder Institutionen gefasst, aber auch antisemitische Beschimpfungen oder Kommentare gegenüber anderen Personen und Institutionen. Dies gilt auch für antisemitische Aussagen, die online getätigt oder verbreitet werden, sofern diese direkt an eine konkrete Person oder Institution adressiert sind. Als verletzendes Verhalten gelten auch Beschädigungen oder das Beschriften nicht-jüdischen Eigentums durch antisemitische Symbole, Plakate, Aufkleber etc. Als Massenzuschrift werden schließlich antisemitische Zuschriften erfasst, die sich an einen größeren Kreis von Personen richten – dies geschieht meistens online.

RIAS Berlin erfasst zudem auch proaktiv Versammlungen mit antisemitischer und israelfeindlicher Ausrichtung. Das umfasst Beobachtungen vor

Ort, Hintergrundanalysen sowie sich daraus ergebende Bewertungen. Dieses Monitoring betrifft jedes Jahr zahlreiche Versammlungen. Werden dabei in Reden, Parolen, auf mitgeführten Transparenten oder in Aufrufen antisemitische Inhalte festgestellt, wird die gesamte Versammlung als ein antisemitischer Vorfall des Typs verletzendes Verhalten registriert. Kommt es bei oder am Rand einer solchen Versammlung außerdem zu antisemitisch konnotierten Angriffen oder Bedrohungen, werden diese jeweils zusätzlich als eigenständige antisemitische Vorfälle registriert.

Betroffene

RIAS Berlin unterscheidet bei Betroffenen antisemitischer Vorfälle zwischen Einzelpersonen und Institutionen. Neben Jüdinnen_Juden und Israelis können von Antisemitismus auch Einzelpersonen betroffen sein, die als jüdisch wahrgenommen oder adressiert werden, sowie alle anderen Personen wie beispielsweise Journalist_innen oder Politiker_innen. Von einem antisemitischen Vorfall können mehrere Einzelpersonen gleichzeitig betroffen sein.

Bei betroffenen Institutionen kann es sich einerseits um religiöse und weltliche jüdische Körperschaften und Vereine sowie um israelische Einrichtungen handeln. Andererseits können aber auch nicht-jüdische zivilgesellschaftliche Organisationen, Parteien, Medien oder Bildungseinrichtungen sowie andere, als jüdisch wahrgenommene oder adressierte Institutionen Betroffene antisemitischer Vorfälle sein. Von antisemitischen Vorfällen betroffene Institutionen zählen pro Vorfall als ein Betroffener, bei Individuen erfasst RIAS Berlin dagegen die Anzahl betroffener Personen.

Es gibt zudem zahlreiche Vorfälle, denen RIAS Berlin keine direkten Betroffenen zuweist. Dies ist etwa bei antisemitischen Schmierereien, Aufklebern, Plakaten im öffentlichen Raum sowie bei Versammlungen mit antisemitischen Inhalten der Fall.

Erscheinungsformen von Antisemitismus

Inhaltlich unterscheidet RIAS Berlin bei der Erfassung antisemitischer Vorfälle fünf verschiedene Erscheinungsformen von Antisemitismus. Im anti-

semitischen Otherring werden Jüdinnen_Juden als fremd oder nicht-dazugehörig zur jeweiligen Mehrheitsgesellschaft beschrieben. Das ist beispielsweise der Fall, wenn jüdische oder nicht-jüdische Institutionen oder Personen als „Jude“ beschimpft oder als jüdisch markiert werden. Im anti-judaistischen Antisemitismus werden religiös begründete Stereotype verbreitet, etwa der Vorwurf, Jüdinnen_Juden seien für den Tod Jesu verantwortlich. Wird Jüdinnen_Juden eine besondere politische oder ökonomische Macht zugeschrieben, etwa im Rahmen von Verschwörungsmysmen, so wird dies dem modernen Antisemitismus zugerechnet. Post-Schoa-Antisemitismus bezieht sich auf den Umgang mit den nationalsozialistischen Massenverbrechen, beispielsweise wenn die Erinnerung an die NS-Verbrechen abgelehnt wird oder diese bagatellisiert werden. Israelbezogener Antisemitismus liegt vor, wenn sich antisemitische Aussagen gegen den jüdischen Staat Israel richten, etwa indem diesem die Legitimität abgesprochen wird. In der Praxis lässt sich ein antisemitischer Vorfall häufig mehreren Erscheinungsformen zuordnen. Aufgrund dieser Mehrfachzuordnungen ist die Anzahl der festgestellten Erscheinungsformen in der Regel höher als die Zahl der antisemitischen Vorfälle.

Politisch-weltanschaulicher Hintergrund

RIAS Berlin klassifiziert – soweit möglich – den politisch-weltanschaulichen Hintergrund eines antisemitischen Vorfalls oder der dafür Verantwortlichen. Diese Zuordnung erfolgt nur, wenn sie sich aus der Selbstbezeichnung der Verantwortlichen oder aus den verwendeten antisemitischen Stereotypen eindeutig ableiten lässt. Da diese Zuordnung nicht immer möglich ist, werden viele antisemitische Vorfälle aufgrund fehlender oder unzureichender Informationen keinem politisch-weltanschaulichen Hintergrund zugeordnet. Bei der Zuordnung unterscheidet RIAS Berlin sieben politisch-weltanschauliche Hintergründe. Dabei ist pro Vorfall nur eine Zuordnung möglich.

Als rechtsextrem/rechtspopulistisch werden antisemitische Vorfälle erfasst, die mit dem rechtsextremen oder dem rechtspopulistischen Spektrum verbunden sind. Dabei steht Rechtsextremismus als Sammelbegriff für antimoderne, antidemokratische, antipluralistische und gegen die Menschenrechte gerichtete Einstellungen, Handlungen und Strömungen. Gemeinsames Kennzeichen verschiedener rechtsextremer Ideologien sind die Vorstellungen von einer prinzipiellen Ungleichwertigkeit verschiedener

Menschen(-gruppen), das Streben nach einem Leben in ethnisch homogenen Gemeinschaften („Völkern“) und die Unterordnung des Individuums unter die Gemeinschaft. Rechtspopulismus fungiert als Sammelbegriff für abgemilderte und modernisierte Varianten des Rechtsextremismus.

Rechtspopulismus bedient sich vor allem kulturell-religiöser und wirtschaftlicher Begründungsmuster. Er fordert im Unterschied zum Rechtsextremismus keine Abschaffung der parlamentarischen Demokratie, sondern beabsichtigt deren autoritäre Umformung und Aushöhlung. Zudem wird Rechtspopulismus als bestimmte Form der politischen Kommunikation und Mobilisierung verstanden, die eine scharfe Abgrenzung von (vermeintlichen) politischen Eliten reklamiert, sich aber dabei zumindest formal von rechtsextremen Positionen und Akteur_innen abgrenzt.

Als links/antiimperialistisch werden antisemitische Vorfälle klassifiziert, wenn das Vertreten linker Werte oder die Selbstverortung der Personen oder Gruppen in einer linken Tradition einhergeht mit einer binären Welt-sicht und einer – häufig befreiungsnationalistischen – Imperialismuskritik.

Unter christlich/christlicher Fundamentalismus werden antisemitische Vorfälle erfasst, die mit einer positiven Bezugnahme auf christliche Glaubensinhalte oder Symboliken verbunden sind (darunter auch fundamentalistische Spielarten des Christentums) und bei denen kein anderer politisch-weltanschaulicher Hintergrund dominiert.

Als islamisch/islamistisch werden antisemitische Vorfälle erfasst, die mit einer positiven Bezugnahme auf islamische Glaubensinhalte oder Symboliken verbunden sind und bei denen kein anderer politisch-weltanschaulicher Hintergrund dominiert. Das bezieht sich auf unterschiedliche Islam-verständnisse, darunter auch islamistische.

Einem verschwörungsideologischen Milieu werden Gruppen oder Personen zugeordnet, bei denen die Verbreitung antisemitischer Verschwörungsmymen im Vordergrund steht und bei denen kein anderer politisch-weltanschaulicher Hintergrund dominiert.

Auch für den antiisraelischen Aktivismus gilt, dass sich die Akteure mitunter nicht eindeutig politisch zuordnen lassen: Hier dominiert die israel-feindliche Motivation der verantwortlichen Personen oder Gruppen eindeutig gegenüber einer politischen Positionierung, z.B. im linken, rechten oder islamistischen Milieu. Zum antiisraelischen Aktivismus zählt RIAS Berlin beispielsweise säkulare palästinensische Gruppen sowie Aktivist_innen, die antisemitische Boykottkampagnen gegen den jüdischen Staat Israel unterstützen.

Der politischen Mitte werden antisemitische Vorfälle zugeordnet, die keinem der zuvor genannten politisch-weltanschaulichen Hintergründe zugeordnet werden können und bei denen die Verantwortlichen zugleich für sich in Anspruch nehmen, demokratische Positionen zu vertreten.

ANTISEMITISCHE VORFÄLLE IN BERLIN 2021

Insgesamt wurden RIAS Berlin im Jahr 2021 1.052 antisemitische Vorfälle bekannt – etwas mehr als für das Jahr 2020, für das inklusive Nachmeldungen 1.019 antisemitische Vorfälle dokumentiert wurden.

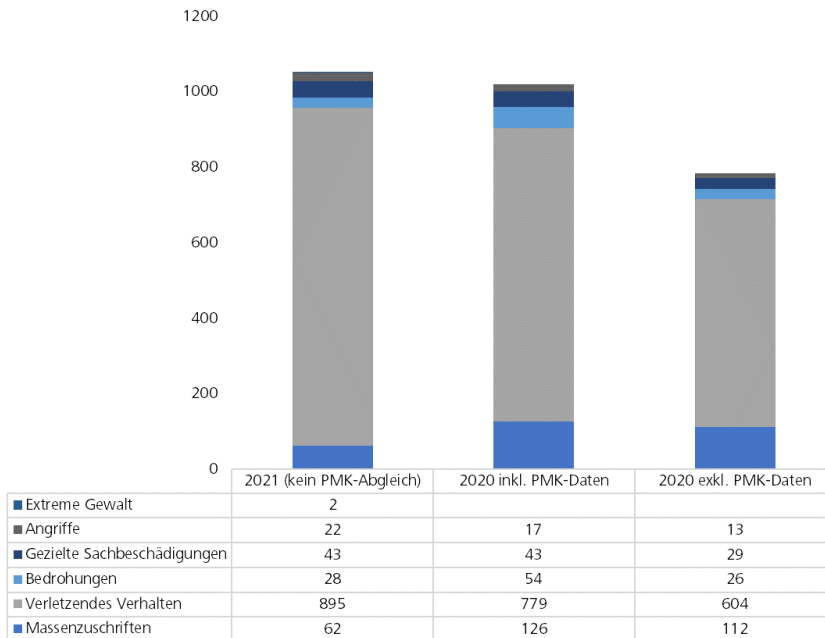
Ohne die durch den polizeilichen Vergleich bekannt gewordenen Fälle läge die Anzahl antisemitischer Vorfälle im Jahr 2020 bei 784. Basierend auf dieser um die polizeilichen Daten bereinigten Bezugsgröße, hätte das Projekt 2021 34,2 % mehr antisemitische Vorfälle in Berlin dokumentiert als noch im Jahr zuvor. Ob die 2021 in Berlin bekanntgewordenen antisemitischen Vorfälle also tatsächlich auf dem gleichen Niveau wie im Vorjahr liegen oder möglicherweise angestiegen sind, lässt sich aufgrund der veränderten Datengrundlage nicht abschließend aussagen.

2021 dokumentierte RIAS Berlin zwei Fälle **extremer Gewalt** sowie 22 physische antisemitische **Angriffe** (2020: 17). Außerdem wurden dem Projekt 43 **gezielte Sachbeschädigungen** bekannt, genauso viele wie im Vorjahr.⁶ RIAS Berlin registrierte außerdem 28 Bedrohungen – beinahe eine Halbierung gegenüber 2020 (54).⁷

RIAS Berlin dokumentierte für 2021 mit 895 Vorfällen **verletzenden Verhaltens** über 100 mehr Vorfälle als im Vorjahr (779) und so viele wie in keinem Kalenderjahr zuvor. In diesen 895 Fällen sind 57 Versammlungen enthalten, die ebenfalls in der Kategorie des verletzenden Verhaltens gezählt werden; diese Anzahl blieb auf dem Niveau des Vorjahres (59). RIAS Berlin wurden 62 **antisemitische Massenzuschriften** bekannt, ungefähr die Hälfte gegenüber 2020 (126).

6 Bezogen auf die um die polizeilichen Zahlen bereinigten Werte wurden für das Jahr 2020 29 gezielte Sachbeschädigungen registriert.

7 Bezogen auf die um die polizeilichen Zahlen bereinigten Werte für das Jahr 2020, wurden dem Projekt ebenfalls 28 Bedrohungen bekannt.



Entwicklung der Zahlen 2020-2021

RIAS Berlin wurden 143 antisemitische Vorfälle bekannt, die sich von Angesicht zu Angesicht ereigneten. Das sind etwas weniger als 2020 (181).⁸ Die 143 Vorfälle von Angesicht zu Angesicht umfassten einen Fall extremer Gewalt, 22 Angriffe, 10 Bedrohungen und 110 Fälle verletzenden Verhaltens.

Der Monat mit den meisten dokumentierten antisemitischen Vorfällen 2021 war der Mai, als (inklusive Nachmeldungen) 225 Vorfälle bekannt wurden – 21,3 % aller Vorfälle des Jahres. Der Mai war damit auch derjenige Monat, für den RIAS Berlin seit Projektbeginn 2015 überhaupt die meisten antisemitischen Vorfälle bekannt wurden. Dieses hohe Aufkommen an antisemitischen Vorfällen sticht umso mehr hervor, als die dokumentierten Vorfälle in keinem der restlichen Monate 2021 mehr als 100 Vorfälle übertraf. Der Anstieg steht im unmittelbaren Zusammenhang

⁸ Bezogen auf die um die polizeilichen Zahlen bereinigten Werte für das Jahr 2020 wurden dem Projekt 86 Vorfälle von Angesicht zu Angesicht bekannt.

mit breiten politischen Mobilisierungen europäischer und deutscher Akteur_innen anlässlich der militärischen Auseinandersetzungen zwischen palästinensischen Terrororganisationen wie der Hamas und Israel, woraufhin auch in Deutschland und in Berlin Kundgebungen und Demonstrationen stattfanden. Ausgangspunkt waren Auseinandersetzungen über die Besitzverhältnisse mehrerer Wohnhäuser im Jerusalemer Viertel Sheikh Dscharrah, die begleitet wurden von Protesten in verschiedenen israelischen Städten.

Auch war die Anzahl der Vorfälle, die sich von Angesicht zu Angesicht ereigneten, im Mai am höchsten – von den 143 Vorfällen dieser Art, passierten 33 in diesem Monat. Die Auswirkungen des israelisch-palästinensischen Konflikts waren trotz eines am 21. Mai ausgehandelten Waffenstillstands noch im Juni spürbar. So kam es auch im Juni zu 18 Vorfällen von Angesicht zu Angesicht – der zweithöchste Wert.

Die geringste Anzahl antisemitischer Vorfälle wurde RIAS Berlin im März (51), Februar (54) und Juli (56) bekannt.

Von 1.052 dokumentierten Vorfällen wiesen mit 253 Vorfällen knapp ein Viertel (24,0 %) einen Bezug zur COVID-19-Pandemie und den staatlichen Maßnahmen zu ihrer Eindämmung auf. Damit hat sich im zweiten Jahr der COVID-19-Pandemie die Anzahl der antisemitischen Vorfälle mit diesem Bezug noch einmal erhöht (2020: 194), das gilt auch für ihren Anteil an der Gesamtzahl (2020: 19,0 %). Die 253 Vorfälle mit diesem Bezug 2021 verteilen sich auf einen Angriff, eine gezielte Sachbeschädigung, sieben Bedrohungen, 239 Fälle verletzenden Verhaltens und fünf Massenzuschriften. Damit gab es nicht nur mehr antisemitische Vorfälle mit Bezug zur COVID-19-Pandemie und den staatlichen Maßnahmen zu ihrer Eindämmung als im Vorjahr, es gab auch mehr gewalttätige sowie direkt gegen Personen gerichtete Vorfälle. 36 von 57 Versammlungen, für die antisemitische Inhalte dokumentiert wurden, standen im Bezug zur COVID-19-Pandemie (63,2 %), etwas weniger als 2020 (43 Versammlungen bzw. 72,9 %).

Innerhalb des Jahres konnten vier Phasen mit einem jeweils höheren Aufkommen antisemitischer Vorfälle mit Bezug zur COVID-19-Pandemie dokumentiert werden. Sie fielen mit bestimmten Debatten um die Pandemie zusammen: Debatten zu den hohen Inzidenzwerten im Januar 2021 (26 Vorfälle), der Debatte um die Neufassung des Infektionsschutzgesetz-

zes im April (27 Vorfälle), im August mit den Jahrestagen der Versammlungen, zu denen 2020 bundesweit mobilisiert worden war (37 Vorfälle),⁹ und der Beibehaltung der Einschränkungen für Ungeimpfte während des erneuten Anstiegs der Inzidenzwerte im November (37 Vorfälle) und Dezember (45 Vorfälle). Im letzten Monat des Jahres gab es sogar in mehr als jedem zweiten dokumentierten Vorfall einen Bezug zur COVID-19-Pandemie (45 von 85 Vorfälle).

Betroffene

Von den 1.052 Vorfällen richteten sich mit 545 knapp über die Hälfte gegen Institutionen und etwa ein Fünftel (208) gegen Individuen. In 291 Vorfällen wurden keine direkt Betroffenen bekannt – hierbei handelte es sich um Antisemitismus im öffentlichen Raum in Form von Inhalten auf Versammlungen, Schmierereien, Aufklebern usw. In acht Fällen liegen RIAS Berlin keine Informationen vor, ob Personen oder Institutionen betroffen waren.

Von den 208 antisemitischen Vorfällen, die sich gegen Individuen richteten, waren insgesamt 292 Personen betroffen. Betroffen waren mit 127 deutlich mehr Männer (43,5 %) als Frauen (84; 28,8 %). RIAS Berlin erfuhr nicht von Betroffenen anderer geschlechtlicher Identitäten, kann diese aber auch nicht ausschließen. Bei 81 Betroffenen wurde die geschlechtliche Identität dem Projekt nicht bekannt.

Von den 292 betroffenen Personen waren mit 215 fast drei Viertel entweder jüdisch und/oder israelisch (170) oder wurden als solche wahrgenommen und angesprochen (45). Im Vorjahr waren 177 jüdische und/oder israelische und 73 als solche wahrgenommenen Personen betroffen.

Zudem wurden 11 betroffene Personen bekannt, die als politische Gegner_innen angesprochen wurden, 9 Betroffene waren Vertreter_innen der Zivilgesellschaft und 28 Betroffene sonstige nicht-jüdische Personen.

9 Vgl. zu den antisemitischen Vorkommnissen auf den Versammlungen 2020 die Monitoringberichte des Projekts: <https://www.facebook.com/notes/666227637359967/> und <https://www.facebook.com/notes/3367812276642584/>, abgerufen am 06.05.2022.

In 26 der Vorfälle, in denen insgesamt 30 Personen betroffen waren, spielte die Auseinandersetzung mit der COVID-19-Pandemie eine Rolle (2020: 29).

Mit 545 Vorfällen gegen Institutionen im Jahr 2021 gab es gegenüber 2020 (515) eine leichte Zunahme. Wie in den Jahren zuvor richteten sie sich mehrheitlich gegen jüdische und/oder israelische Institutionen, die in 459 Fällen betroffen waren (2020: 410). Andere Institutionen, gegen die eine Anzahl an Vorfällen im zweistelligen Bereich dokumentiert wurde, waren zivilgesellschaftliche Organisationen (29), Gedenkstätten und Gedenkinitiativen (27) und, insbesondere in den Wochen vor der Bundestagswahl, Parteien (14).

Antisemitismus mit Bezug zur COVID-19-Pandemie und den staatlichen Maßnahmen zu ihrer Eindämmung richtete sich 2021 in 96 der bekannt gewordenen Vorfälle gegen Institutionen (2020: 101), mehrheitlich gegen jüdische und/oder israelische (82, wie im Vorjahr).

Erscheinungsformen

Ein einzelner antisemitischer Vorfall kann verschiedene Erscheinungsformen des Antisemitismus aufweisen und daher mehrfach unterschiedlichen Klassifizierungen zugeordnet werden, sodass die Gesamtzahl der zuordbaren Erscheinungsformen die der registrierten Vorfälle übersteigt.

Wie schon in den letzten Jahren war die häufigste inhaltliche Erscheinungsform des Antisemitismus bei den 2021 dokumentierten Vorfällen Post-Schoa-Antisemitismus, der in 495 der 1.052 Vorfälle (47,1 %) festgestellt werden konnte (2020: 420 oder 41,2 % aller Vorfälle). Dies steht in leichtem Kontrast zu der Auswertung antisemitischer Vorfälle zwischen Januar und Juni 2021, als mit 48,1 % die meisten Vorfälle Formen des israelbezogenen Antisemitismus aufwiesen. Insgesamt wurden RIAS Berlin 2021 375 Fälle des israelbezogenen Antisemitismus bekannt, die damit 35,6 % aller Vorfälle ausmachten (2020: 272 Vorfälle oder 26,7 %). Über zwei Drittel der Fälle des israelbezogenen Antisemitismus ereigneten sich im 1. Halbjahr (inklusive Nachmeldungen 266 Vorfälle).

Mit 245 Fällen des modernen Antisemitismus (23,3 % aller dokumentierten Vorfälle) kann bei dieser Form sowohl im Hinblick auf die absolute Zahl wie auch relative Häufigkeit ein deutlicher Rückgang im Vergleich

zum Vorjahr (363 Vorfälle bzw. 35,6%) festgestellt werden. Dieser Rückgang zeigte sich besonders deutlich bei Vorfällen mit Bezug zur COVID-19-Pandemie. So wiesen in 2020 noch drei von vier Vorfällen (147) mit Bezug zur COVID-19-Pandemie Formen des modernen Antisemitismus auf, in 2021 waren es trotz eines deutlichen Anstiegs solcher Vorfälle lediglich 28,5 % (72 Vorfälle).

Diese Entwicklung zeigt eine inhaltliche Verschiebung in der Auseinandersetzung mit der COVID-19-Pandemie und den staatlichen Maßnahmen zu ihrer Eindämmung an. War die Auseinandersetzung im Jahr 2020 noch stärker von antisemitischen Verschwörungsmythen bezüglich der Herkunft des Virus und vermeintlich Verantwortlicher und seiner Profiteure geprägt, verlagerte sich der Fokus im zweiten Jahr der Pandemie auf die gesellschaftlichen und individuellen Auswirkungen der staatlichen Maßnahmen. Ablehnende Haltungen gegenüber der Impfkampagne wurden verstärkt durch drastische Darstellungen staatlicher Akteur_innen einerseits und in Form von Selbstviktimsierung andererseits ausgedrückt: Beide Formen der Auseinandersetzung führten 2021 zu einer Zunahme von

Lichtenrade, 11. März:
Antisemitisches Plakat
gegen die Impfkampagne
an einem Tor zu
einem Grundstück



Schoa-bagatellisierenden Aussagen im öffentlichen Raum. So wurden 2021 in 81,4 % der bekannt gewordenen antisemitischen Vorfälle mit Bezug zur COVID-19-Pandemie (206 von 253) Motive des Post-Schoa-Antisemitismus verwendet – 2020 lag dieser Anteil noch bei etwas mehr als der Hälfte der Vorfälle (100 von 194). Im zeitlichen Verlauf lagen Vorfälle mit einem Post-Schoa-Motiv, sowohl absolut als auch relativ betrachtet, in den Monaten November (57, 62,6 %) und Dezember (53, 62,4 %) deutlich höher als im restlichen Jahr. Eine Ausnahme bildete der Mai (86, 38,4 %), als die Eskalation im israelisch-palästinensischen Konflikt einen Anlass bot, NS-Verbrechen auf den jüdischen Staat zu projizieren. Die hohe Präsenz dieses Motivs zum Jahresende steht im zeitlichen Zusammenhang mit dem Umstand, dass ab November während des erneuten Anstiegs der Inzidenzwerte Einschränkungen Personen, die nicht geimpft waren, in einem höheren Maße betrafen als geimpfte Personen. Im Bundestag wurden zudem erste Debatten über eine mögliche Impfpflicht geführt.

Geografische Verteilung nach Bezirken

Von den 1.052 im Jahr 2021 dokumentierten Vorfällen fanden 544 online und 503 außerhalb des Internet („offline“) statt (bei fünf Vorfällen lagen entsprechende Informationen nicht vor). Bei den bekannt gewordenen Vorfällen, die sich nicht online ereigneten, ist ein deutlicher Anstieg zu 2020 zu beobachten: 2020 wurden 456 Vorfälle an spezifischen Orten in Berlin dokumentiert, was einen Zuwachs in 2021 von 10,3 % bedeutet.¹⁰ Die Anzahl der dokumentierten Online-Vorfälle ging hingegen leicht zurück (2020: 558).

Insgesamt konnten 489 Vorfälle geografisch einem der zwölf Berliner Bezirke zugeordnet werden. Trotz eines leichten Rückgangs war Berlin Mitte erneut der Bezirk mit den meisten bekannt gewordenen antisemitischen Vorfällen (149, 2020: 157). Mehr als verdoppelt haben sich die bekannt gewordenen antisemitischen Vorfälle in Neukölln, die von 30 auf 65 anstiegen. Diese Entwicklung steht im Zusammenhang mit der bereits beschriebenen Dynamik antisemitischer Vorfälle im Mai und in den folgenden Wochen. Mehr als die Hälfte der insgesamt 65 Vorfälle in Neukölln –

¹⁰ Bezogen auf die um die polizeilichen Zahlen bereinigten Werte, wurden dem Projekt 2020 278 Vorfälle bekannt, die sich nicht im Internet ereigneten.

38 Vorfälle – ereigneten sich von Mai bis Juli. Fast die Hälfte der Vorfälle (31) in dem Bezirk wies Motive des israel-bezogenen Antisemitismus auf.

Im Schnitt einmal pro Woche wurden RIAS Berlin antisemitische Vorfälle in Charlottenburg-Wilmersdorf, Friedrichshain-Kreuzberg (je 51) und Pankow (47) bekannt. Den größten Anstieg dokumentierter Vorfälle gab es jedoch in Lichtenberg (2021: 36, 2020: 11), was laut dem Berliner Register auf einen Zuwachs von rechtsextremen und diskriminierenden Aktivitäten in diesem Bezirk zurückgeführt werden kann.¹¹ Auch Treptow-Köpenick war 2021 mit 23 Vorfällen deutlich stärker belastet als noch 2020 (14). Auffällig ist, dass in Pankow mit 17 die meisten Vorfälle mit einem Bezug zur COVID-19-Pandemie und den staatlichen Maßnahmen zu ihrer Eindämmung nach Mitte (59) bekannt wurden. Dabei handelte es sich vor allem um Schmierereien, die an mehreren Orten entdeckt wurden, unter anderem mit dem die Schoa bagatellisierenden Ausspruch: „Damals die Juden - heute die Ungeimpften“.

Eine weitere Beobachtung für das Jahr 2021 ist, dass sich im Vergleich zum Vorjahr ein etwas geringerer Anteil der geografisch zuordenbaren Vorfälle in den drei Innenstadtbezirken Mitte, Charlottenburg-Wilmersdorf und Friedrichshain-Kreuzberg ereignete: 50,4 % (251 von 498 Vorfällen) zu 61,6 % im Vorjahr (279 von 442). In den restlichen neun Bezirken („Randbezirken“) wurden RIAS Berlin 2021, bis auf Spandau, durchweg mehr Vorfälle bekannt als im Vorjahr (siehe Statistik).

Spezifische Tatorte

Bei 499 der 503 dokumentierten Vorfälle, die sich nicht online ereigneten, wurden RIAS Berlin die spezifischen Tatorte bekannt. Wie in den letzten Jahren ereigneten sich deutlich mehr als die Hälfte der Offline-Vorfälle auf offener Straße (261). Im Vergleich zum Vorjahr nahm die Anzahl bekannt gewordener antisemitischer Vorfälle auf offener Straße sogar um 52,6 % zu. Unter anderem steht der Anstieg der Sichtbarkeit des Antisemitismus auf offener Straße im Zusammenhang mit der Zunahme von Schoa-bagatellisierenden Äußerungen mit Bezug zur COVID-19-Pandemie und

¹¹ Vgl.: https://www.berliner-register.de/documents/152/ Register_2021_Auswertung_web.pdf, abgerufen am 04.05.2022.

die staatlichen Maßnahmen zu ihrer Eindämmung durch Schmierereien oder Aufkleber.

Im unmittelbaren Wohnumfeld, dem persönlichen Rückzugsort, wo Anfeindungen eine besonders nachhaltige Wirkung auf Betroffene entfalten, dokumentierte RIAS Berlin 2021 33 antisemitische Vorfälle. Im Vergleich zu den im Vorjahr bekannt gewordenen Vorfällen (47) verzeichnet das Projekt hier einen Rückgang – auch bei diesem Wert sollten jedoch mögliche Schwankungen aufgrund der veränderten Datengrundlage für seine Einordnung berücksichtigt werden.¹² Die 33 bekannt gewordenen Vorfälle im Wohnumfeld enthielten zudem qualitativ besonders schwere Vorfälle, nämlich drei Angriffe, acht gezielte Sachbeschädigungen und drei Bedrohungen.

Für den Bereich der öffentlichen Verkehrsmittel ist ein Vergleich zu den Vorjahren aufschlussreich: der von RIAS Berlin verzeichnete Rückgang 2020 (51) im Vergleich zu 2019 lag bei 29,2 % und korrelierte mit dem geringeren Fahrgastaufkommen der BVG (65 % des Vorjahresniveaus¹³). Das Jahr 2021 lag mit 76 antisemitischen Vorfällen dann wieder auf dem Niveau der Jahre 2019 (72) und 2018 (79).

Online

Die 544 dokumentierten Online-Vorfälle ereigneten sich überwiegend in den Sozialen Medien (312) und per E-Mail (222). Damit wurden gegenüber dem Vorjahr mehr antisemitische Anfeindungen auf Social Media (274), aber weniger antisemitische E-Mails (263) dokumentiert – der Rückgang solcher E-Mails ergibt sich aus dem Rückgang antisemitischer Massenzuschriften von 126 auf 62.

Die Sozialen Medien-Plattformen, von denen RIAS Berlin die meisten antisemitischen Vorfälle bekannt wurden, waren Facebook (131) und Twitter (129), seltener YouTube (29) und Instagram (22). Die große Mehrheit der dokumentierten antisemitischen Vorfälle im Internet richtete sich gegen

12 Bezogen auf die um die polizeilichen Zahlen bereinigten Werte für das Jahr 2020, verzeichnete das Projekt einen Anstieg um 57,1 % zu 2021.

13 Vgl.: <https://www.rbb24.de/wirtschaft/beitrag/2021/02/berlin-bvg-ubahn-bus-weniger-passagiere-fahrgaeste-corona.html>, abgerufen am 18.04.2022.

Institutionen (475). Einzelpersonen waren in insgesamt 69 Online-Vorfällen betroffen.

Während weniger als ein Fünftel (18 %) der Vorfälle im Internet einen Bezug zur COVID-19-Pandemie und die staatlichen Maßnahmen zu ihrer Eindämmung aufwies, betrafen 45 % der bekannt gewordenen Vorfälle den israelbezogenen Antisemitismus. Insbesondere im Mai erreichten jüdische Berliner_innen heftige antisemitische Anfeindungen und Bedrohungen, etwa über Instagram; auf Twitter wurden in 85 Vorfällen überwiegend jüdische Organisationen mit Delegitimierungen und Dämonisierungen des jüdischen Staates konfrontiert.

Politisch-weltanschaulicher Hintergrund

RIAS Berlin konnte 2021 mit 539 etwas mehr als der Hälfte der insgesamt 1.052 antisemitischen Vorfälle einen politisch-weltanschaulichen Hintergrund zuordnen (2020: 490 oder 48,1 %). Hierbei war wie in den Vorjahren das Spektrum des **Rechtsextremismus** dasjenige, dem die meisten Vorfälle zugeordnet wurden. Die 212 Vorfälle (20,2 %) aus diesem Milieu umfassten auch 51 **rechtspopulistische** Vorfälle sowie 18 Vorfälle eines **Rechtsextremismus**, der sich nicht auf ein deutsches, sondern auf ein anderes Kollektiv bezog. 157 Vorfälle wurden dem **verschwörungsideologischen Milieu** zugewiesen, was einem Anteil von 14,9 % aller Vorfälle entspricht. 2020 waren es noch 9 %. Auch dem Spektrum des **antiisraelischen Aktivismus** wurden mehr Vorfälle als 2020 zugeordnet. 101 Vorfälle, also 9,6 % aller Vorfälle, ordnete das Projekt diesem Spektrum zu. Der **politischen Mitte** ordnete RIAS Berlin 34 Vorfälle (3,2 %) zu. Einen Anteil von je 1,3 % umfassten Vorfälle aus dem **islamisch/islamistischen** Spektrum (14) und dem **links/antiimperialistischen Milieu** (13). Dem Spektrum des **christlich/christlichen Fundamentalismus** wies RIAS Berlin lediglich 8 Vorfälle (0,8 %) zu.

Einen Rückgang gegenüber 2020 bildet die Gesamtzahl der dem rechts-extremen Spektrum zugeordneten Vorfälle. 2020 dokumentierte das Projekt noch 270 solcher Vorfälle (26,5 %) – diese Anzahl umfasste jedoch auch 82 Fälle, die lediglich durch einen Vergleich mit den polizeilichen Daten bekannt wurden.

Die Auswertung zeigt, dass sich der ausgebliebene Vergleich mit den polizeilichen Daten auf die Zuordnungen zu einzelnen politisch-weltanschau-

lichen Hintergründen unterschiedlich auswirkt. So ergibt sich für die Bewertung der Vorfälle, die dem Rechtsextremismus zugeordnet wurden, eine erhebliche Diskrepanz im Vergleich zu den Vorjahren. Bei den anderen politisch-weltanschaulichen Spektren fällt der ausgebliebene Vergleich dagegen anscheinend kaum ins Gewicht. Dies resultiert aus dem Umstand, dass die Statistik für politisch-motivierte Kriminalität in den vergangenen Jahren den mit Abstand größten Anteil dem „Phänomenbereich Rechts“ zuordnet. Ohne die Berücksichtigung der polizeilichen Daten wird demnach insbesondere die Aussagefähigkeit über Vorfälle mit einem rechtsextremen Hintergrund eingeschränkt.

Deutlich mehr antisemitische Vorfälle als im Vorjahr ordnete RIAS Berlin 2021 mit 157 Vorfällen dem verschwörungsideologischen Spektrum zu (2020: 92 bzw. 9,0 %). Dieser Anstieg ist auch darauf zurückzuführen, dass die Auseinandersetzung mit der COVID-19-Pandemie und den Maßnahmen zu ihrer Eindämmung noch offener antisemitisch geführt wurde als im Vorjahr: 130 dieser Vorfälle (82,8 % der Vorfälle aus diesem Milieu) wiesen einen Bezug zur COVID-19-Pandemie und die staatlichen Maßnahmen zu ihrer Eindämmung auf, hiervon waren 111 wiederum durch Schoa-Bagatellisierungen und andere Formen des Post-Schoa-Antisemitismus gekennzeichnet. Das verschwörungsideologische Milieu ist nicht immer klar von Teilen des rechtsextremen Spektrums, insbesondere außerhalb des organisierten Neonazismus, abzugrenzen: Zahlreiche Elemente der antisemitischen Auseinandersetzung mit der COVID-19-Pandemie wie „Judensterne“ oder „Impfen macht frei“-Schmierereien wurden spektrenübergreifend verwendet. Viele solcher Vorfälle konnten deswegen nicht eindeutig einem politisch-weltanschaulichen Hintergrund zugeordnet werden. So finden sich unter den 513 Vorfällen, deren weltanschaulicher Hintergrund unbekannt war, auch 56 Vorfälle des Post-Schoa-Antisemitismus mit Bezug zur Pandemie.

Deutlich präsenter war das Milieu des antiisraelischen Aktivismus 2021 im Vergleich zum Vorjahr. So dokumentierte das Projekt einen Anstieg antisemitischer Vorfälle gegenüber 2020 (um 54 Vorfälle bzw. 5,3 %): diesem Milieu wurden 2021 101 Vorfälle zugeordnet (9,6 % aller Vorfälle). Ein naheliegender Grund für diesen Anstieg ist die Mobilisierung dieses Milieus während und kurz nach der Eskalation im israelisch-palästinensischen Konflikt: Über die Hälfte (56) der Vorfälle aus diesem Milieu wurden im Mai und Juni dokumentiert. Bei der Betrachtung des auf den ersten Blick deutlichen Anstiegs ist allerdings zu berücksichtigen, dass 2020 die Anzahl der Vorfälle aus diesem Milieu deutlich gegenüber 2018 (103 bzw. 9,5 %) und 2019 (87 bzw. 9,8 %) zurückgegangen waren. Hauptgrund hierfür

waren die pandemiebedingten Einschränkungen 2020, die 2021 zumindest teilweise wegfielen. Folgerichtig war bei den Vorfällen, die sich nicht online ereigneten, der Anstieg dokumentierter antisemitischer Vorfälle aus diesem Milieu besonders deutlich: von 12 (2020) auf 44 (2021).

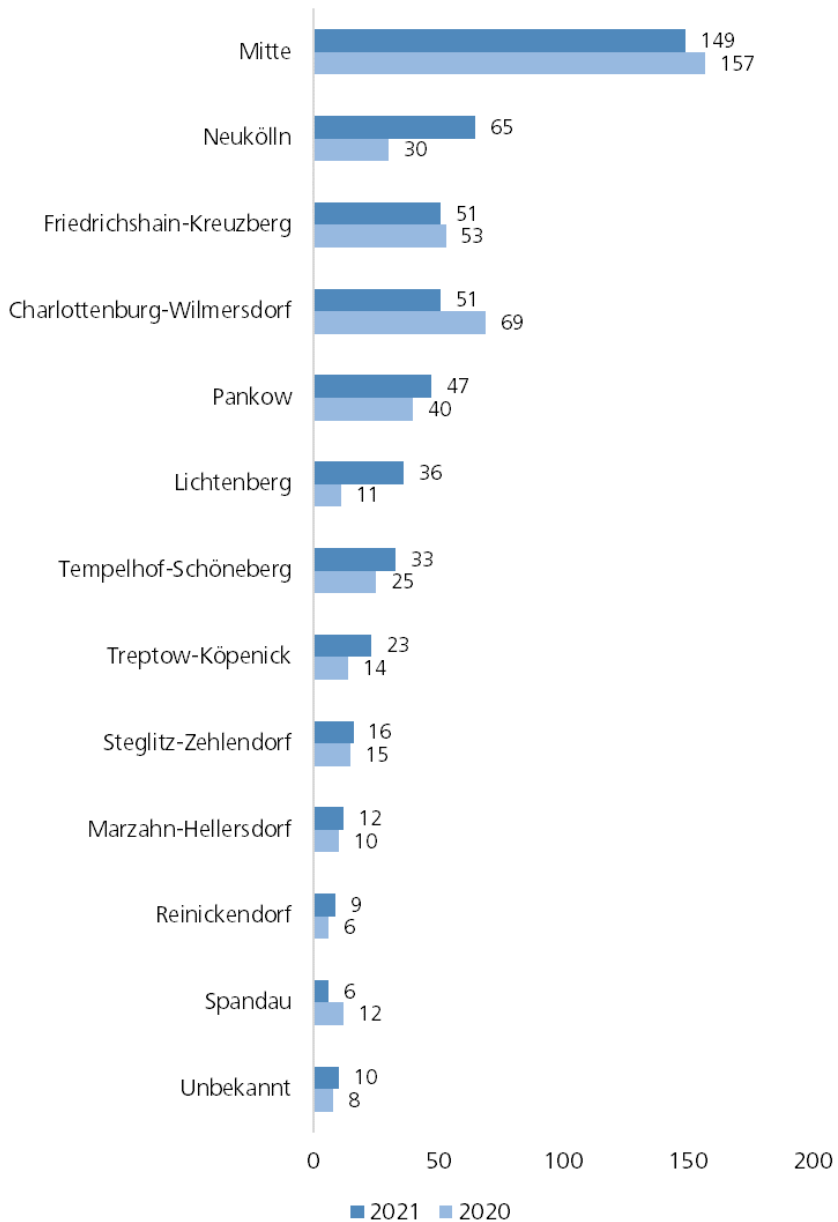
RIAS Berlin wurden antisemitische Vorfälle aus allen Bezirken und aus allen politisch-weltanschaulichen Spektren bekannt. Das Projekt stellt aber durchaus unterschiedliche Verteilungen fest. Die meisten Vorfälle aus dem rechtsextremen Spektrum registrierte das Projekt in Mitte (20) und Lichtenberg (19). Jeweils zehn Vorfälle aus diesem Spektrum dokumentierte RIAS Berlin für Pankow und Marzahn-Hellersdorf. In Mitte wurden mit 38 auch die meisten der insgesamt 157 Vorfälle aus dem verschwörungsideologischen Spektrum festgestellt, 14 Vorfälle aus diesem Milieu ereigneten sich in Pankow und zehn in Lichtenberg. Die meisten antisemitischen Vorfälle in einem Bezirk aus dem Spektrum des antiisraelischen Aktivismus ereigneten sich in Neukölln. Zwar fanden in keinem anderen Bezirk so viele antisemitische Vorfälle aus diesem Spektrum statt wie in Neukölln – RIAS Berlin dokumentierte aber in jedem anderen Bezirk außer Steglitz-Zehlendorf, Marzahn-Hellersdorf und Reinickendorf Vorfälle, die dem antiisraelischen Aktivismus zugeordnet wurden. In Mitte lag die Anzahl der Vorfälle, die dem antiisraelischen Aktivismus zugeordnet werden konnten, mit 12 über dem Wert des Vorjahres. In Pankow hingegen dokumentierte das Projekt nur einen Vorfall, hier überwogen eindeutig Vorfälle aus dem rechtsextremen und verschwörungsideologischen Spektrum.

DIE STATISTIK AUF EINEN BLICK

Antisemitische Vorfälle nach Vorfalltypen 2017-2021

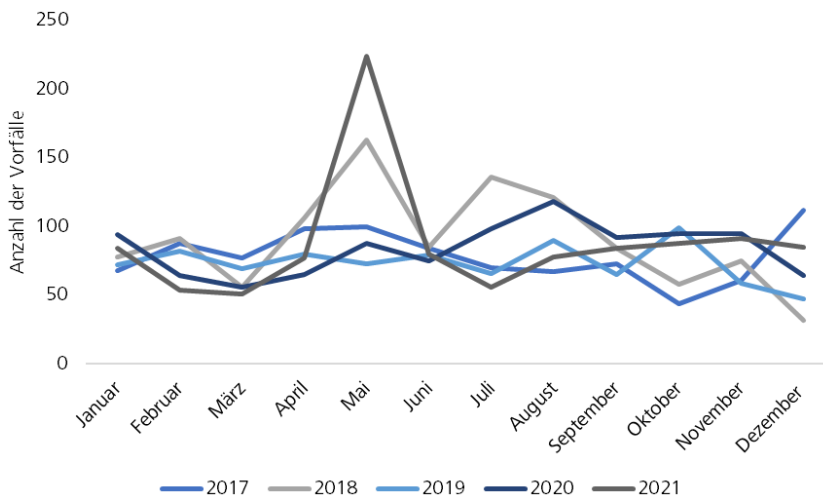
Jahr	2017	2018	2019	2020	2021
Extreme Gewalt	0	0	0	0	2
Angriffe	18	46	33	17	22
Gezielte Sachbeschädigungen	42	43	38	43	43
Bedrohungen	26	46	59	54	28
Verletzendes Verhalten	684	833	653	779	895
Massenzuschriften	185	117	103	126	62
Gesamt	955	1085	886	1019	1052

Antisemitische Vorfälle nach Bezirken 2020/2021

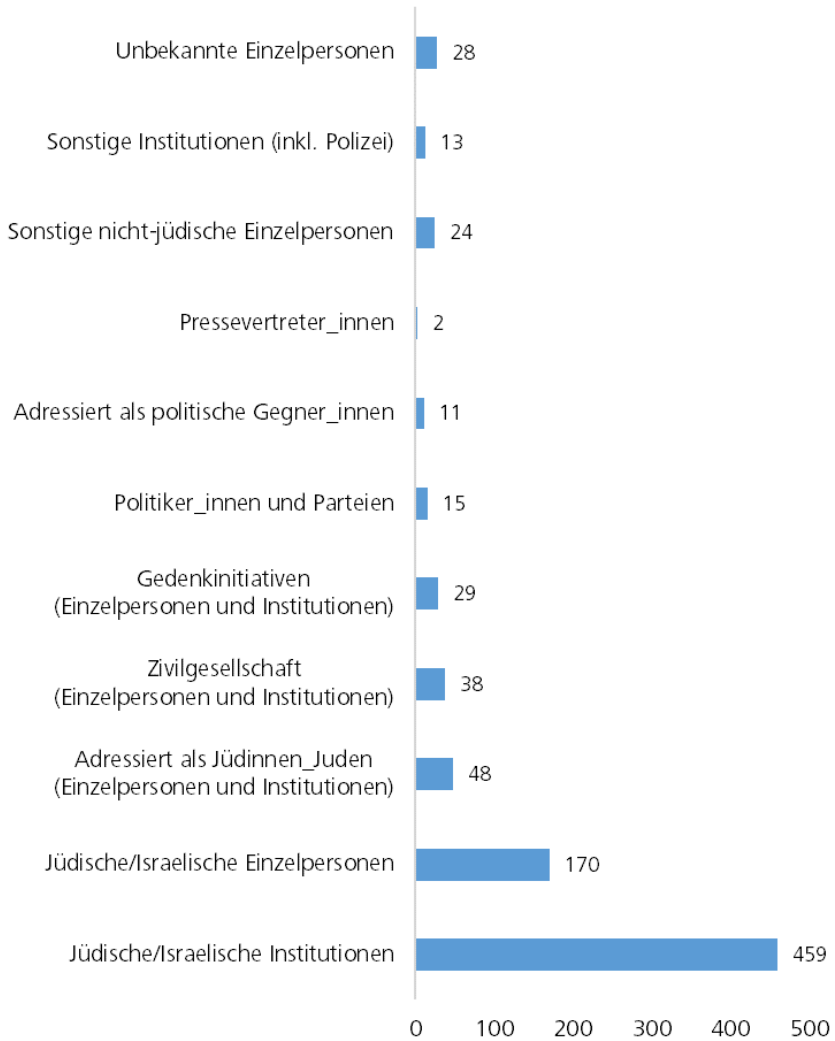


Antisemitische Vorfälle nach Monaten 2017-2020

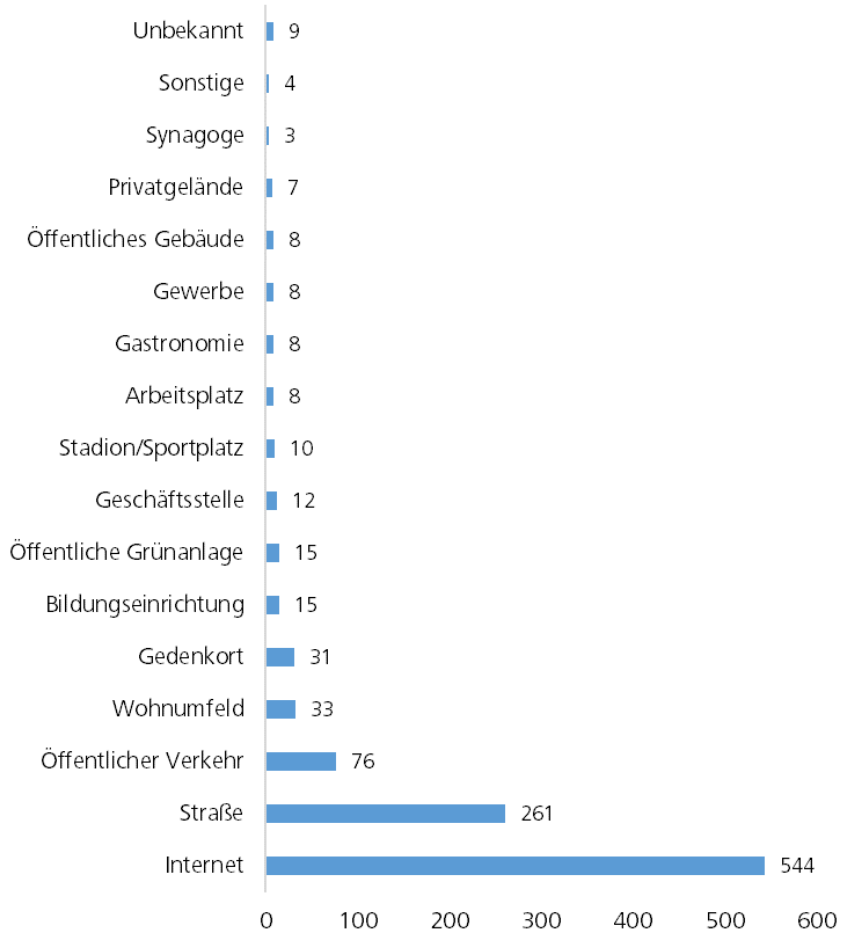
Jahr	2017	2018	2019	2020	2021
Januar	68	78	72	94	84
Februar	88	91	82	64	54
März	77	56	69	56	51
April	98	106	80	65	77
Mai	100	163	73	88	225
Juni	84	85	79	75	80
Juli	70	136	66	98	56
August	67	121	90	118	78
September	73	84	65	92	84
Oktober	44	58	99	95	88
November	61	75	59	95	91
Dezember	112	32	47	64	85



Betroffenengruppen 2021

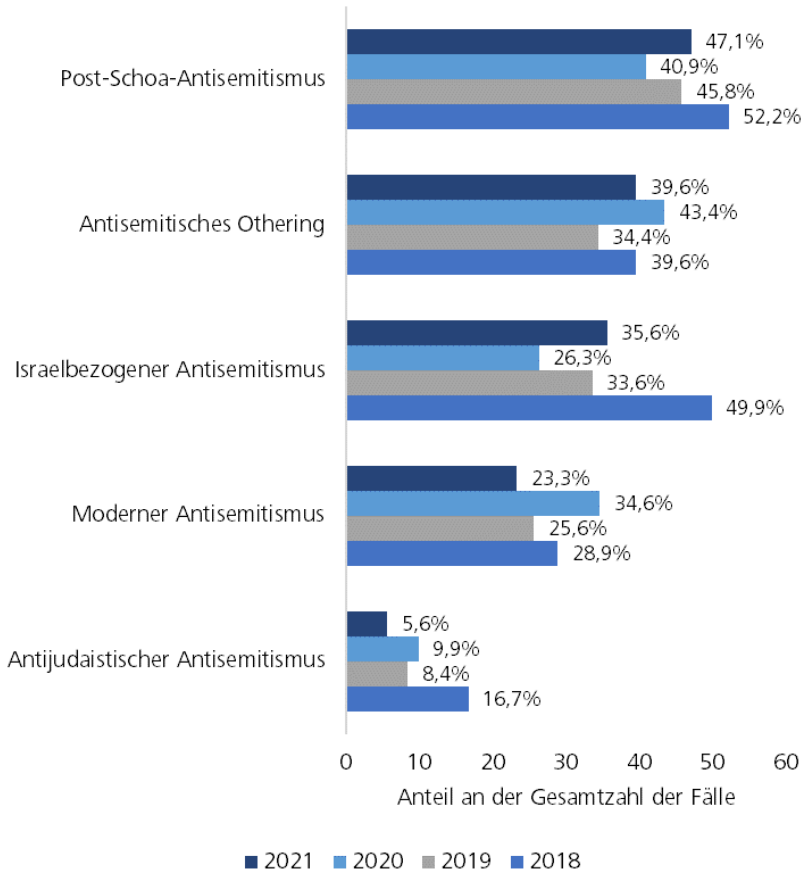


Antisemitische Vorfälle nach Tatorten 2021

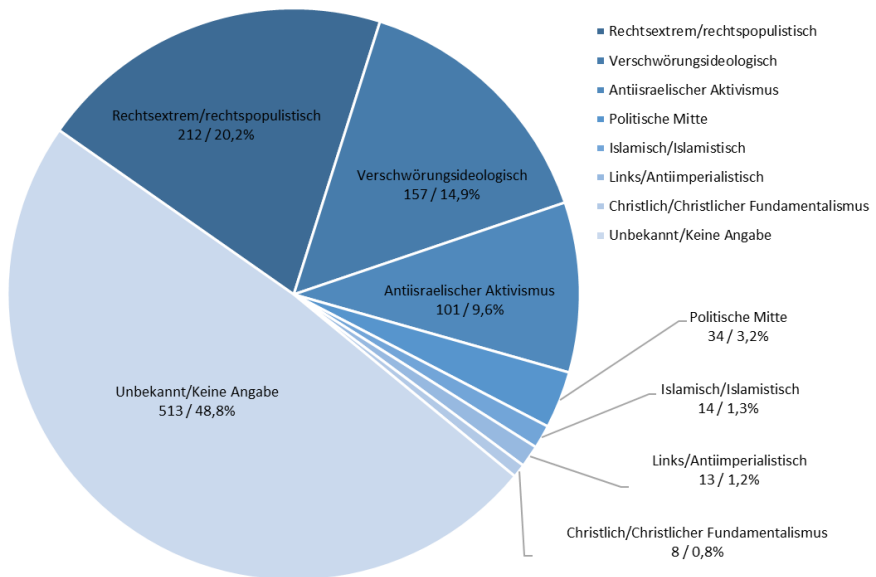


Erscheinungsformen des Antisemitismus 2018-2021

Mehrfache Einordnungen sind möglich.



Vorfälle nach politisch-weltanschaulichem Hintergrund 2021



BEISPIELE

Extreme Gewalt

Als extreme Gewalt werden physische Angriffe oder Anschläge gewertet, die den Verlust von Menschenleben zur Folge haben können oder schwere Körperverletzungen darstellen. Zu der Kategorie gehören auch Fälle von Kidnapping, Messerangriffe oder Schüsse.

Mitte, 16. August: Bei Reinigungsarbeiten im Gemeindehaus einer jüdischen Institution in Mitte wurde festgestellt, dass ein Fenster zum Empfangsraum mit einer Gewehr- oder Pistolenkugel durchschossen worden war. Die Kugel lag auf dem Fensterbrett. Sie traf glücklicherweise niemanden.

Spandau, 25. Oktober: Ein Passant wurde von drei Männern aufgefordert „Free Palestine“ zu rufen. Als er dem nicht nachkam, wurde der nichtjüdische Betroffene von den ihm unbekanntenen Männern getreten und geschlagen. Dabei erlitt er lebensbedrohliche Kopfverletzungen und verlor für kurze Zeit das Bewusstsein. Die Angreifer flohen in unbekannte Richtung. Der Betroffene wurde von alarmierten Rettungskräften in ein Krankenhaus gebracht.

Angriffe

Als Angriff wird jeder körperliche Angriff auf eine oder mehrere Personen gewertet, der nicht lebensbedrohlich ist und keine schweren körperlichen Schädigungen nach sich zieht. Darunter fallen auch versuchte Angriffe, also Fälle, in denen es den Betroffenen gelingt, sich dem Angriff durch Verteidigung oder Flucht zu entziehen. Als Angriff wird auch das Werfen von Gegenständen (etwa Steinen, Flaschen etc.) gewertet, auch wenn diese ihr Ziel verfehlen.

Steglitz-Zehlendorf, 4. Januar: In einer Wohnung kam es zwischen einem Mieter und einem 28-jährigen Mann, der dessen Nachbarin besuchen wollte, zu einem Streit. Der Besucher beleidigte den Mieter antisemitisch und flüchtete. Kurze Zeit später kam er jedoch zur Wohnung zurück, wo ihn die Polizei empfing. Ein Alkoholtest ergab 2,2 Promille – der Mann erhielt einen Platzverweis. Dennoch kam er kurz darauf erneut zurück. Diesmal attackierte er den 33-Jährigen mit einem Messer und schlug dem Mann mit der stumpfen Seite der Klinge auf den Handrücken. Der Angegriffene wehrte sich und sprühte dem Angreifer Reizgas ins Gesicht, der daraufhin das Messer fallen ließ und in Richtung Sedanstraße flüchtete. Dort konnte die Polizei den Mann festnehmen.

Lichtenberg, 1. Mai: Ein Mann bedrohte eine Frau und einen Mann, die er für jüdisch hielt, an ihrer Wohnungstür mit einem Messer und versuchte, sich Zutritt zur Wohnung zu verschaffen. Der Täter klingelte zunächst an der Haus- und dann an der Wohnungstür der Betroffenen in Karlshorst. Als sie ihm öffneten, fragte er, ob sie Jüdinnen_Juden seien, was die Betroffenen verneinten. Der Mann versuchte daraufhin, in die Wohnung zu gelangen, wurde aber hinausgedrängt. Nachdem die Betroffenen die Tür geschlossen hatten, klopfte und klingelte der Täter mehrmals. Die Betroffenen riefen die Polizei, die den Mann festnahm.

Neukölln, 15. Mai: Auf einer Versammlung am Samstag, dem 15. Mai 2021, kam es in Neukölln zu zwei Angriffen gegen Jüdinnen_Juden. In einem Fall wurden drei Personen von Teilnehmer_innen antisemitisch beleidigt, bedroht und angegriffen, einer der Betroffenen wurde zudem homophob beschimpft. Sie waren aufgrund einer Kippa und einer Kette mit Davidstern-Anhänger als jüdisch erkennbar und befanden sich am Rande der Versammlung. Als eine der drei Personen, wie zahlreiche andere auch, am Rande der Versammlung mit ihrem Handy Fotos aufnehmen wollte, wurde sie von Teilnehmer_innen der Versammlung als „Zionistenhure“

und „Kindermörder“ beschimpft. Rasch sammelte sich eine Traube von circa fünfzig Personen um die drei herum, aus der heraus sie für die Situation in Israel verantwortlich gemacht und aufgefordert wurden, „in ihr Land zurückzugehen“. Keine der Personen war israelische_r Staatsbürger_in.

Eine an der Versammlung teilnehmende Frau stellte sich schützend vor die Gruppe; sie wurde rassistisch beleidigt. Auf derselben Versammlung berichtete eine israelische Reporterin auf Hebräisch. Eine Person bewarf sie während ihres Berichts mit einem Böller, der sie aber verfehlte.

Tempelhof-Schöneberg, 22. Mai: Am 22. Mai war der Betroffene, der eine Kippa trug, in der Nacht auf dem Weg nach Hause, als ihn auf dem Dürerplatz drei ihm unbekannte Männer ansprachen und beleidigten. Einer der drei schlug ihm mit der Faust ins Gesicht und beleidigte ihn dann antisemitisch. Durch den Schlag prallte der Betroffene gegen eine Schaufensterscheibe. Die Angreifer flüchteten. Der Betroffene musste kurz zu einer ambulanten Behandlung ins Krankenhaus gebracht werden.

Treptow-Köpenick, 20. September: In der Köpenicker Seelenbinderstraße wurde ein Sozialarbeiter, der in Begleitung von Kindern war, von vier Union-Fans als „Judensau“, „weinrote Schwuchtel“ (bezugnehmend auf die Farben des Union-Konkurrenten BFC Dynamo) und „Kinderficker“ beleidigt. Nachdem er die Kinder in den Jugendclub gebracht hatte, wurde er nur kurze Zeit später von den vier Männern tödlich angegriffen.

Lichtenberg, 8. Oktober: Der Betroffene, der einen Pullover mit dem Emblem der israelischen Verteidigungsstreitkräfte (IDF) trug, war auf dem Weg zum S-Bahnhof Nöldnerplatz, als ihn jemand ansprach und fragte, ob er Jude sei. Als er den Kopf in Richtung der sprechenden Person richtete, sprühte ihm jemand Reizgas ins Gesicht und stieß ihn zu Boden. Daraufhin entfernten sich die Angreifer_innen.

Gezielte Sachbeschädigungen

Als gezielte Sachbeschädigungen werden antisemitische Graffiti oder Symbole, das Anbringen antisemitischer Aufkleber oder Plakate sowie sonstige Beschädigungen jüdischen oder als jüdisch wahrgenommenen Eigentums gewertet. Auch Beschädigungen von Schoa-Gedenkortern gelten als antisemitische Sachbeschädigungen.

Tempelhof-Schöneberg, 6. Januar: In Tempelhof-Schöneberg wurde das Fenster einer Wohnung eingeschlagen. In dem Haus befindet sich auch eine Synagoge. Bereits wenige Wochen zuvor war das Fenster zum Angriffsziel geworden.

Charlottenburg-Wilmersdorf, 15. April: Eine kleine israelische Flagge mit Trauerflor wurde entwendet, die am Mahnmal „Goldener Riss“ für Dalia Elyakim aufgestellt worden war. Das Fähnchen wurde erst am Tag zuvor anlässlich des israelischen Gedenktages für gefallene Soldat_innen und Opfer von Terrorismus aufgestellt. Die israelische Touristin Dalia Elyakim wurde beim islamistischen Terroranschlag am Breitscheidplatz 2016 ermordet. Blumen, Fahnen und Fotos, die in Erinnerung an sie am Denkmal abgestellt werden, werden immer wieder zerstört.

Mitte, 22. April: Am Denkmal für die ermordeten Juden Europas wurden 22 Aufkleber unterschiedlicher verschwörungsideologischer Gruppierungen entdeckt und entfernt. Auf ihnen wurden die Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie mit der Schoa und dem Nationalsozialismus gleichgesetzt.

Tempelhof-Schöneberg, 30. April: Drei Stolpersteine für Mitglieder der Familie Davidsohn in der Crellestraße wurden zerkratzt und mit Säure besprüht vorgefunden. Die Steine waren erst am Tag zuvor verlegt worden.

Mitte, 24. Mai: In der Nacht auf den 24. Mai hörte ein Mann gegen ein Uhr laute Geräusche außerhalb seiner Wohnung. Da er schon am Einschlafen war, ignorierte er sie. Am nächsten Morgen stellte er fest, dass seine Wohnung mit Eiern beworfen worden war. Der Betroffene vermutet, dass die Täter_innen ihn Hebräisch sprechen gehört hatten.

Friedrichshain-Kreuzberg, 7. September: Eine Passantin beobachtete, wie ein Mann vorsätzlich Müll auf zwei Stolpersteine zum Gedenken an Opfer der Schoa warf und auf die Stolpersteine spuckte. Als sie ihn darauf ansprach und aufforderte, dies zu unterlassen, beleidigte er sie sexistisch und entfernte sich.

Treptow-Köpenick, 10. Dezember: Die auf dem Marktplatz in Adlershof aufgestellte Chanukkia wurde beschädigt vorgefunden. Die Seiten des Leuchters waren nach unten gebogen, sodass er nicht mehr nutzbar war. Die Chanukkiot sind acht- oder neunarmige Leuchter, die in Berlin zum Lichterfest Chanukka an mehreren Orten aufgestellt werden. Auch in anderen Bezirken wurden die Leuchter beschädigt, so in Charlottenburg, Schöneberg und Lichtenberg.



Adlershof, 10. Dezember: Gezielte Beschädigung einer Chanukkia während Chanukka

Bedrohungen

Als Bedrohung gilt jede eindeutige und konkret adressierte schriftliche oder verbale Drohung. Die Eindeutigkeit ergibt sich aus der direkten oder indirekten Androhung von Gewalt gegen Personen, Personengruppen oder Sachen. Die konkrete Adressierung ist gegeben, wenn die Bedrohung sich gegen eine bestimmte Person, eine bestimmte Personengruppe oder eine bestimmte Institution richtet.

Online, 11. Mai: Ein jüdischer Berliner postete eine israelsolidarische Nachricht auf Instagram. Eine Person, die sich als Palästinenserin ausgab, verschickte an den Betroffenen mehrere Sprachnachrichten. U. a. sagte sie: „Wherever you are, I can make problem for you. [...] If you live in Israel, I gonna kill you, I gonna kill your mom, kill your dad and family.“ Eine weitere Person, die eine Sprachnachricht schickte, drohte ebenfalls: „I’m gonna kill your face and kill your family.“

Mitte, 16. Juni: Ein betrunkenener Mann verbreitete in der Ringbahn auf Höhe der Station Wedding antisemitische Mythen, u.a. „Irgendwann regieren die Juden die Welt“ und „Die Juden haben das Sagen“. Als ein Fahrgast sagte, er solle mit dem Quatsch aufhören, beleidigte ihn der Mann sexistisch und bedrohte ihn. U.a. verwies er darauf, dass dieser Wagen keine Überwachungskamera habe und er ihm einfach die Nase brechen könne.

Marzahn-Hellersdorf, 17. Juli: Am Rande der Marzahn Pride sprach ein Jugendlicher einen Teilnehmer an, der eine Regenbogenflagge mit Davidstern bei sich hatte, und sagte, er habe ein Problem mit dieser Fahne. Er forderte den Betroffenen auf, an eine Stelle abseits der Kundgebung zu kommen, wo er den Betroffenen samt Fahne, wie er androhte, „ficken“ würde.

Mitte, 16. August: Ein Mann stieg am Alexanderplatz in die U-Bahn ein und nahm den Schal, den er vor dem Mund hielt, ab. Als ein anderer Fahrgast ihn darauf ansprach und bat, einen Mundnasenschutz anzuziehen, reagierte der Mann mit dem viermaligen Heben des rechten Armes zu einem Hitlergruß und rief „Heil Hitler“. Er beschimpfte den Betroffenen u.a. als „Faschist“ und drohte ihm, ihn schon noch zu „kriegen“. Sich selbst bezeichnete er als „Juden“, womit er sich wohl als Opfer staatlicher Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie inszenieren wollte. Schließlich erhob er sich vom Sitz und gab zu erkennen, dass er den Betroffenen treten werde. Daraufhin standen drei andere Personen auf und forderten den Mann auf, sich wieder zu setzen, woraufhin er auch diese

Personen beleidigte und bedrohte. Kurz danach verließ der Täter die U-Bahn.

Charlottenburg-Wilmersdorf, 29. Oktober: Eine Russisch sprechende Frau beschimpfte die Leiterin und einen Erzieher eines jüdischen Kindergartens. Dabei äußerte sie sich antisemitisch und drohte, Tabletten auf das Grundstück des Kindergartens zu werfen.

Verletzendes Verhalten

Die Kategorie verletzendes Verhalten umfasst sämtliche Vorfälle, bei denen jüdische Institutionen oder Personen gezielt böswillig oder diskriminierend adressiert werden, unabhängig davon, ob der Text oder das Gesprochene antisemitische Stereotype enthält oder nicht. Des Weiteren umfasst diese Kategorie schriftliche oder verbale antisemitische Aussagen, die sich gegen nicht-jüdische Institutionen und Personen richten, sowie antisemitische Graffiti oder Aufkleber an nicht-jüdischem Eigentum.¹⁴

Lichtenberg, 16. Januar: In Rummelsburg wurden mehrere antisemitische und den Nationalsozialismus verherrlichende Schmierereien entdeckt. Auf ein Klingelschild eines Wohnhauses wurde „Das Haus ist Judenfrei“ geschrieben, auf ein benachbartes Klingelschild das Wort „Jude“ und ein Hakenkreuz.

Mitte, 27. Januar: Während im Bundestag der Opfer des Nationalsozialismus gedacht wurde, zeigte vor dem Gebäude ein sogenannter Reichsbürger Schilder, auf denen der Nationalsozialismus bagatellisiert wurde. Zudem setzte er Infektionsschutzmaßnahmen mit der Schoa gleich.

Neukölln, 29. Januar: Ein jüdisch-israelischer Patient wurde bei einer Physiotherapie von dem behandelnden Therapeuten auf seinen hebräisch klingenden Namen hin nach seiner Herkunft gefragt. Er bestätigte, dass er aus Israel sei, woraufhin der Physiotherapeut anfang, über die NS-Zeit zu sprechen. Er nahm seinen Großvater, der bei der Wehrmacht diente, in Schutz und gab an, dass Hitler nicht nur Schlechtes getan habe. Außerdem stellte er Fragen zu orthodoxen Jüdinnen_Juden und behauptete, orthodoxe Männer schlügen ihre Frauen tot.

Pankow, 26. Februar: Während eines Autokorsos in Pankow gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie wurden Verschwörungsmythen zum „Hooton-Plan“ und „Kalergi-Plan“ verbreitet. Diesen antisemitischen und rassistischen Mythen zufolge arbeite eine

14 Antisemitische Texte, die sich an mehr als zwei Adressat_innen richten oder auf ein möglichst breites Publikum abzielen, werden hingegen in der Kategorie Massenzuschriften behandelt. Versammlungen (Demonstrationen, Kundgebungen) werden als verletzendes Verhalten gewertet, wenn der Aufruf zur Versammlung, bei der Versammlung gerufene Parolen, Transparente, Plakate o.Ä. antisemitische Inhalte aufweisen.

Gruppe von Jüdinnen_Juden an dem Austausch der Bevölkerung in Deutschland.

Friedrichshain-Kreuzberg, 28. März: In der U-Bahn-Linie U5 stellte ein Mann, der eine Kette mit einem Davidstern-Anhänger trug, fest, dass ein anderer Fahrgast ihn anstarrte. Dieser stand schließlich auf und suchte weiterhin Blickkontakt. Als die U-Bahn anhielt, drehte sich der Mann um und sagte laut: „Jedem das Seine. Arbeit macht frei, Heil Hitler.“ Er verließ daraufhin den Wagon, stellte sich am Gleis stramm hin und zeigte den Hitlergruß.

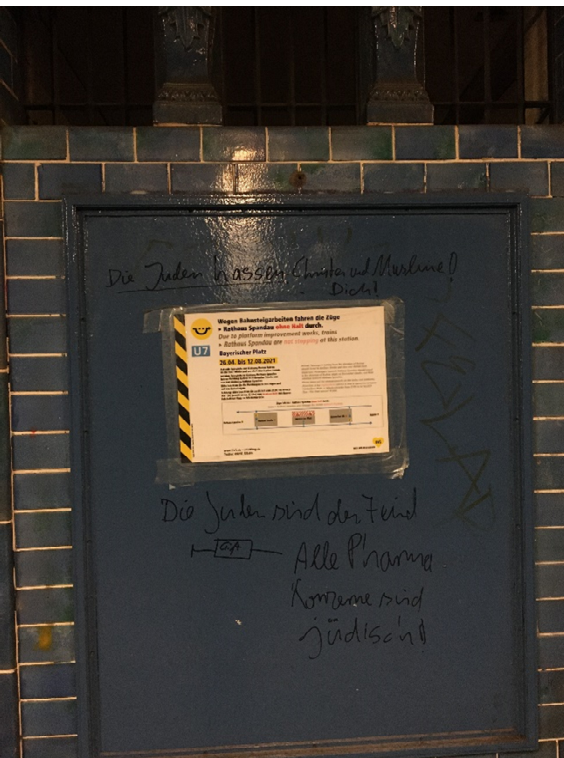
Charlottenburg-Wilmersdorf, 19. April: In einem Testzentrum kam ein Mann ins Gespräch mit dem testenden Mitarbeiter. Er wünschte dem Mitarbeiter Ramadan Mubarak, worauf dieser sich bedankte und den Mann fragte, ob er ebenfalls Muslim sei. Als der Mann sagte, er sei jüdisch, entgegnete der Mitarbeiter: „Jews are always very clever. The problem is that



Versammlung in Neukölln,
15. Mai: Israel wird das
Existenzrecht abgesprochen

they always control everything, the world and the media.“ Daraufhin zeigte er auf einen der Corona-Tests und sagte: „Corona is also made and controlled by the Jews.“

Neukölln, 14. Mai: Bei einer antiisraelischen Versammlung kam es zu mehreren antisemitischen Ausdrucksformen. Der per Auflage verbotene Slogan „Kindermörder Israel“ wurde gerufen und auf einem der Schilder gezeigt. Außerdem wurde in Sprechchören die Parole „Khaybar, Khaybar, ya yahud, jaish Muhammad sayud“. (Übersetzt: „Juden, erinnert euch an Khaybar, die Armee Mohammeds kommt wieder.“ In der islamischen Geschichtsschreibung ist ein Bericht über eine von Juden bewohnte Oase auf dem Gebiet des heutigen Saudi-Arabien tradiert, Khaybar, die im Jahr 628 n.d.Z. von Mohammed und seiner Armee erobert wurde. Viele der Bewohner wurden massakriert, ihre Frauen und Kinder versklavt.) Teilnehmer_innen forderten in Sprechgesängen zur Gewalt gegen jüdische Israelis auf und sprachen u.a. ausdrücklich die Kassam-Brigaden der Hamas an. Am



Schöneberg, 1. Juli:
Antisemitischer Verschwörungsmythos mit Bezug zur COVID-19-Pandemie am U-Bahnhof Bayerischer Platz

Rande der Versammlung beschimpfte ein Mann eine Gruppe von Journalist_innen als „Juden“ und filmte sie.

Friedrichshain-Kreuzberg, 19. Mai: Eine Frau ging die Straße entlang und telefonierte auf Hebräisch. Als sie an drei Männern vorbeilief, beschimpften diese sie auf Arabisch als „Zionistenschlampe“ und „Judenschwein“.

Marzahn-Hellersdorf, 5. Juni: Auf dem Landesparteitag der AfD sagte ein Redner in Bezug auf die Listenaufstellung zur Berliner Abgeordnetenhauswahl: „Diese Liste erinnert mich an Schindlers Liste. Das ist eine Liste, wenn man auf der steht, dann lebt man, und wenn man nicht auf ihr steht, dann überlebt man nicht.“

Mitte, 30. Juni: An einem Moabiter Parkautomat wurde die Schmiererei „Zionisten Spardose“ entdeckt.

Prenzlauer Berg, 6. August:
Schoa-Bagatellisierungen
und Verschwörungsmithen
auf Haltestellen entlang
der Buslinie 200



Tempelhof-Schöneberg, 1. Juli: Am U-Bahnhof Bayerischer Platz in Schöneberg wurde eine Schmiererei mit einem antisemitischen Verschwörungsmythos entdeckt. Mit einem schwarzen Marker wurde an einem Aushang die Schmiererei „Die Juden hassen Christen und Muslime! Dich! Die Juden sind der Feind. Alle Pharma Konzerne sind jüdisch!“ angebracht. Daneben wurde eine Spritze mit dem Wort „Gift“ skizziert.

Pankow, 6. August: Entlang des Volksparks Friedrichshain und der Kniprodestraße wurden an mehreren Haltestellen der Buslinie 200 in beiden Fahrtrichtungen verschwörungsideologische und Schoa-bagatellisierende Parolen wie „Durch Bargeldabschaffung geht Auschwitz auch digital“, „Digitale Identität ist wie die Häftlingsnummer in Auschwitz“ oder „Bargeldlos durchregieren bis zum smarten Auschwitz“ entdeckt. Schmierereien mit ähnlichem Gehalt („Ohne Bargeld geht's nach Auschwitz“, „Mit digita-



Wedding, 13. August:
Antisemitische Verschwörungsmithen und Markierungen auf Wahlwerbeplakat

ler Identität nach Auschwitz“ und dgl.) wurden Ende August an einem anderen Ort in Prenzlauer Berg und Anfang September in Wannsee entdeckt.

Mitte, 13. August: In Wedding wurden die Wahlplakate der SPD für die Wahl zum Abgeordnetenhaus und der Partei DIE LINKE zur Bundestagswahl jeweils auf dieselbe Weise beschmiert: Den Kandidat_innen wurde ein Hitlerbärtchen aufgemalt und eine Sprechblase mit dem Ausspruch „I ♥ Zion“ und einem Davidstern hinzugefügt.

Mitte, 24. September: Am Rande der Proteste anlässlich des „Globalen Klimastreiks“ zeigten zwei Personen am Brandenburger Tor ein Transparent, auf dem Tötungen von Tieren mit der Schoa gleichgesetzt wurden. Bei der Kundgebung vor dem Bundestag zog zudem eine Rednerin eine Analogie zwischen der „Judenverbrennung“ und dem Verhalten der Verantwortlichen in heutigen Unternehmen und bagatellierte damit die Schoa.

Mitte, 4. November: Eine Gruppe von Fans des niederländischen Fußballklubs Feyenoord Rotterdam stimmte im Eingangsbereich zum U-Bahnhof Rosa-Luxemburg-Platz einen antisemitischen Fangesang an. Die Fans waren wohl zum UEFA Europa Conference League Spiel gegen den 1. FC Union Berlin angereist. In der gemeldeten Situation sangen sie über einen ehemaligen n Spieler und bezeichneten ihn mehrmals als „kankerjood“ („Krebsjude“).

Charlottenburg,
25. Dezember:
Schoa bagatellisierende
Schmiererei
am S-Bahnhof
Savignyplatz



Steglitz-Zehlendorf, 29. November: Vor einem Geschäft in der Lankwitzer Straße beschwerte sich ein Mann über die pandemiebedingten Zugangsbeschränkungen und sagte, an das Geschäft müsse nur noch „Juden“ geschrieben werden.

Charlottenburg-Wilmersdorf, 3. Dezember: Am Weihnachtsmarkt an der Gedächtniskirche fotografierte ein Mann die dort aufgestellte Chanukka. Zwei Personen, die dem Fotografierenden nicht ins Bild laufen wollten, sprachen ihn an. Daraufhin wurde der Mann aggressiv und sagte, es sei ein Skanda l, dass die Chanukka hier stehe, weil „die Jesus getötet haben“.

-Charlottenburg-Wilmersdorf, 25. Dezember: Am S-Bahnhof Savignyplatz wurde eine großflächige Schoa-bagatellisierende Schmiererei am Fußboden entdeckt. Geschmiert wurde ein abgeänderter gelber „Judenstern“ mit der Aufschrift „ungeimpft“, der mit roter Farbe durchgestrichen wurde. Ähnliche Schmierereien wurden auch an S-Bahnhöfen in Treptow-Köpenick und Tempelhof-Schöneberg gesichtet.

Massenzuschriften

Als antisemitische Massenzuschriften kategorisiert RIAS Berlin antisemitische Texte, die an (mindestens zwei) konkrete Personen adressiert sind oder die auf eine andere Art ein möglichst breites Publikum erreichen sollen. Auch Texte ohne explizit antisemitische Inhalte werden als Vorfälle aufgenommen, wenn sie gezielt an jüdische Adressat_innen verschickt werden und NS-verherrlichende oder -verharmlosende Aussagen enthalten.

Online, 6. Januar: An zahlreiche Adressat_innen wurde eine E-Mail mit antisemitischen Diffamierungen von jüdischen und antisemitismuskritischen Personen verschickt. Zudem wurde in der E-Mail behauptet, Jüdinnen_Juden würden „unsere Meinung“ diktieren und eine „Antisemitismuskule fuchteln“.

Lichtenberg, 13. März: In die Briefkästen der Anwohner_innen im Umfeld des Storchenhofs wurden Zeitungen einer rechtsextremen Gruppierung eingeworfen. Die Zeitung enthielt antisemitische Verschwörungsmymen über eine angebliche Lenkung der neuen Klimabewegung durch George Soros.

Online, 20. August: Mehrere Adressat_innen erhielten eine englischsprachige E-Mail mit Schoa-leugnenden Inhalten. So wurde die Schoa als „Holo-lox“ bezeichnet und behauptet, wenn „Deutsche“ Jüdinnen_Juden ermorden wollten, hätten sie dies an einem Tag getan.

Online, 27. November: Mehrere Adressat_innen erhielten eine E-Mail, in der Israel dämonisiert und delegitimiert wurde. So wurden Jüdinnen_Juden, die nicht antizionistisch eingestellt sind, als "NAtional-Zionisten" und "zionSayanim" beschimpft und Jüdinnen_Juden das Recht auf Selbstbestimmung abgestritten. In den Anhängen wurden zahlreiche weitere antisemitische Inhalte verschickt.

Online, 22. Dezember: Mehrere Kliniken und Arztpraxen erhielten eine E-Mail, in der Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie als „Bestrebungen die Menschheit zu reduzieren“ bezeichnet wurden. Hinter diesen stünden als „Promotoren der Pandemie“ jüdische Familien, die der Verfasser als „khasarische Mafia“ beschimpft. Im Anhang wurden weitere antisemitische Schriften verschickt, in denen das Judentum als eine „Satanische Ausgeburt Juden – Religion“ bezeichnet und Jüdinnen_Juden „Auserwähltheitswahn“ vorgeworfen wird.



RIAS Berlin Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin

RIAS Berlin ist Mitglied in der Bundesarbeitsgemeinschaft des Bundesverbands der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus e.V. und orientiert sich an den dort formulierten Qualitätsanforderungen.

UNSERE ANGEBOTE

- Vertrauensvolle Annahme anonymer Meldungen antisemitischer Vorfälle
- Vermittlung von weitergehenden Unterstützungsangeboten (juristisch, psychologisch, politisch, Mobile sowie Betroffenen- und Antidiskriminierungsberatung)
- Unterstützung bei Anzeigenstellung
- Ladungsfähige Adresse für Anzeigenstellung bei der Polizei (sog. kleiner Zeugschutz)
- Unterstützung bei öffentlicher Kommunikation der Erfahrungen
- Auskünfte über antisemitische Ausdrucksformen, Gruppen, Ereignisse

Jederzeit können Sie Ihre Erfahrungen und Beobachtungen antisemitischer Vorfälle über die Meldeseite www.report-antisemitism.de oder die Mobilnummer **0152 / 13 36 21 98** mitteilen.

facebook.com/AntisemitismusRechercheBerlin
twitter.com/Report_Antisem

RIAS Berlin ist ein Projekt von

vdK

verein für demokratische kultur in berlin –
initiative für urbane demokratieentwicklung e.v.

gefördert von

